

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Postfachkonto: Dresden Raben & Comp., Nr. 1208

Verkaufspreis: 3 Pf. Einzelhefte: 10 Pf. (10 Hefen 1 Mark)

Abonnementspreis: 10 Mark (12 Hefen 12 Mark)

Verkaufspreis: 3 Pf. Einzelhefte: 10 Pf. (10 Hefen 1 Mark)

Abonnementspreis: 10 Mark (12 Hefen 12 Mark)

Redaktion: Dresden, Neumarkt 10, Telefon 1208

Druck: Dresden, Neumarkt 10, Telefon 1208

Vertrieb: Dresden, Neumarkt 10, Telefon 1208

Nr. 21 Dresden, Mittwoch den 25. Januar 1928 39. Jahrg.

## Neuer Krach im Block

Der Bürgerblock schreitet von Konflikt zu Konflikt. Der neueste Krach ist jetzt über die Schaffung eines Kautschukerwerbsgesetzes entstanden. Die Regierung, die durch die Verschleppung dieser Frage in den Händen der Kleinrentner herrscht, hat die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei veranlaßt, jetzt in die Beratung des demokratischen Antrags einzutreten, den sie vor zwei Monaten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt haben. Die Haltung der Reichsregierung, und zwar des Gesamtkabinetts — nicht nur des Arbeitsministeriums, wie es die Rechte darzustellen beliebt — ist heute noch die gleiche wie im November. Die Regierung verlangt die Verschiebung der Beratung bis zum Abschluß der Staatsberatung, weil erst dann zu überlegen sei, welche Mittel für die Kautschukerwerbsfrage zur Verfügung stehen. In den interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien ist es inzwischen wegen dieser Differenz und wegen des Antrags des Reichsvereins der Kautschukerwerber zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den beiden Rechtsparteien gekommen.

In der Diensttagung des Sozialpolitischen Ausschusses erklärte nun die Zentrumsabgeordnete Frau Reusch, daß sich das Zentrum angeichts der Haltung der anderen Regierungsparteien einer Beratung der unumkehrbaren Frage nicht widersetze. Es lehne aber jede Verantwortung für die Erwerbung finanziell unerschöpflicher Hoffnungen ab. Dieser Erklärung schloß sich die Bayerische Volkspartei an. Als dann in die materielle Beratung der demokratischen Vorlage eingetreten wurde, ergab sich sofort, daß die Rechtsparteien nur eine kleine Gruppe ehemaliger Kautschuker auf der Inflation herausgreifen und einen Anspruch auf Rente gewähren wollen, während die übrige Mehrzahl der enteigneten Kleinrentner der öffentlichen Fürsorge überlassen bleiben soll. Diesen Absichten widersprachen die Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten entschieden. Der sozialdemokratische Abg. Vogt erklärte, daß man die Inflationsschuld bei denen der Jins aus eripiertem Kapital nur zum Teil der Existenzgrundlage gebildet hat, nicht schlechter als jense, die vom Zinsersatz allein leben könnten. — In Abstimmungen kam es im Ausschuss noch nicht.

aus. Man denkt im Lager der Regierungsparteien aber daran, diesen Antrag insofern zu mildern, als man dem Staatsgerichtshof die Bestimmung der Simultanschuld überlassen will. Die Volkspartei hat anscheinend nichts dagegen.

### Reubell über die Kosten

Der Bildungsausschuss des Reichstages gab der Reichsminister v. Reubell am Dienstag eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Lastfrage über die mutmaßliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklären, mehr oder weniger ausdrücklich betont, daß den von ihnen vorgeschlagenen Schulungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, die Berechnung der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, zu berechnen, da die Einrichtung von Schulen zu bezweckenden, Gebrauch machen, und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben werde.“

Die Reichsregierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Auf- und Erhaltung der Schulen obliegt, Mehrkosten verursachen wird. Angesichts der gespannten Finanzlage der Länder und der Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Überleitung der zur Zeit bestehenden Schulverhältnisse, namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden, in den neuen Schulzustand zu erleichtern. Ein voller Erfolg der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, ist eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Verwaltungskosten für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erfolg dieses Gesetzes verursachen wird. Das Nähere über die Art der Verteilung soll von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Reichsregierungen festgesetzt werden.

### Knauf vor der Schulberatung

8. Berlin, 25. Januar. (Sig. Junkspruch.) Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien befaßte sich am Dienstag wieder einmal mit den seit Wochen unfruchtbar diskutierten Paragraphen des Reichsschulgesetzes. Man kam überein, alle Parteien, die zu Konflikten Anlaß geben, vorläufig nicht weiter zu beraten, aber trotzdem die erste Beratung des Gesetzes zu Ende zu führen. Mit dieser Vereinbarung will man sich bis auf weiteres genügen. Die Lösung der ungelösten Schwierigkeiten soll versucht werden, sobald die zweite Lesung des Reichsschulgesetzes erfolgt.

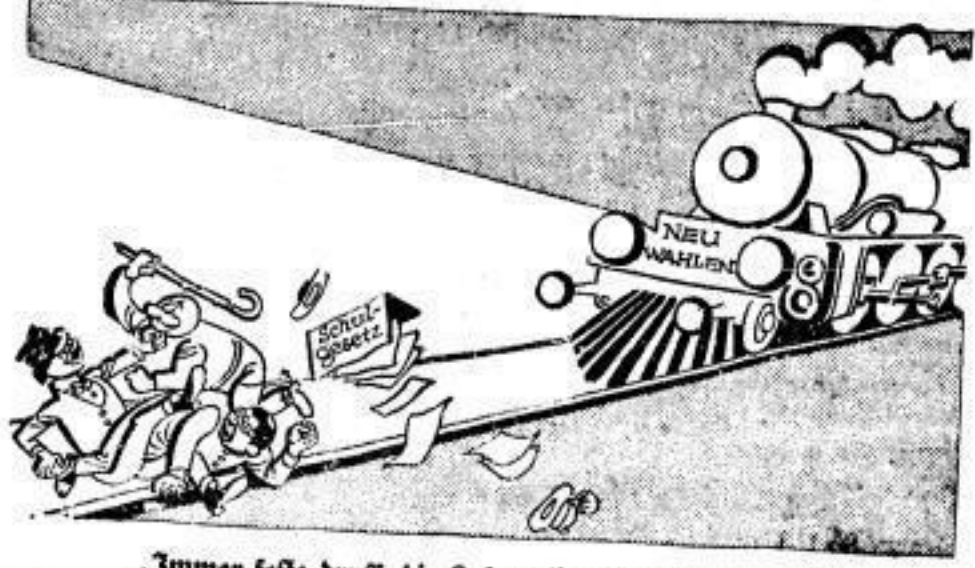
Diese nichtsagende Erklärung des Reichsinnenministers stieß im Bildungsausschuss des Reichstages auf den Widerstand der Opposition und einzelner Landesregierungen. In der Tat ist der in Aussicht gestellte Betrag von 30 Millionen Mark im Vergleich zu den wirklichen Kosten geradezu lächerlich. Preußen allein braucht 3. V. nach der Berechnung seines Finanzministers selbst für den Fall, daß nur ein Prozent der jetzigen Schulnoten umgewandelt werden muß, rund 59 Millionen Mark. Voraussetzungen sind, daß die Gesamtkosten in die Hunderte von Millionen gehen. Aber was kümmert das den Bürgerblock und seine Regierung? Sie machen Gesetze, ohne sich um die Kosten zu kümmern und hätten niemals daran gedacht, sich darüber überhaupt Sorge zu machen, wenn die Opposition sie nicht unter Druck gesetzt und endlich Klarheit über die Kostenfrage gefordert hätte. Dieser Druck wird fortgesetzt werden, bis eine zufriedenstellende Erklärung der Reichsregierung abgegeben wird. Vor allem wäre dazu der Reichsfinanzminister berufen. Aber auch er hat bisher beharrlich geschwiegen. Die Opposition hat ihn deshalb am Dienstag ebenfalls zu näheren Äußerungen aufgefordert.

Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen ihren Antrag zu § 20 dem Bildungsausschuss des Reichstages vorgetragen. Er lautet:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine noch nicht ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Volksschulen besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustand.“

Der Antrag läuft praktisch auf eine unbegrenzte Sprecherhaltung der Simultanschuld hin.

## Die Koalitionsfreunde.



„Immer feste druff, die Lokomotive ist ja noch weit!“

## Christliche Arbeiter

Das Zentrum, die große kirchliche Partei des Deutschen Reiches, ist in eine ernste Krise geraten. Es sind die in den christlichen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter Maschinen- und Metallarbeiter, die gegen die gegenwärtige Führung und Politik des Zentrums rebellieren. Es sind die Führer der christlichen Gewerkschaften, die Jambusch und Stegerwald, die dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, dem Reichsanwalt Marx, den Krieg antragen, die offen drohen, sie würden bei den bevorstehenden Reichstagswahlen selbständige christliche Arbeiterkandidaten gegen das Zentrum aufstellen. Das ist mehr als eine Vorwarnung. Das ist ein Anzeichen einer bedeutungsvollen sozialen Entwicklung, die sich in dem gewaltigen Industriegebiet des Rheinlandes vollzieht.

Das Zentrum ist entstanden im Widerstand der Katholiken gegen den „Kulturkampf“ Bismarcks, der den allen Streit zwischen Staat und Kirche mit den Gewaltmitteln des preussischen Polizeistaates entscheiden zu können glaubte. Das Zentrum hat bis zum Kriege fortgelebt als die Organisation des Widerstandes des katholischen Westens und Südens gegen die Vorherrschaft des protestantischen, jüngerlichen Mittelalters. Aber die Republik hat die Vorherrschaft Mittelalters gebrochen. Das Zentrum regiert seit 1919 ohne Unterbrechung im Reich und in Preußen. Der eiserne Ring des Gefühls der Benachteiligung, der Zurücksetzung, der bis 1918 die deutschen Katholiken ohne Unterschied ihrer Klassenzugehörigkeit zusammenhielt, ist gebrochen. So mußten denn die Klassenunterschiede innerhalb der katholischen Volksmassen nun stärker sichtbar werden.

Ingleich hat sich die soziale Zusammenfassung des Zentrums wesentlich verändert. Der Friedensvertrag von Versailles hat dem Reich große Gebiete mit katholischer Bevölkerung entzogen. Elb- und Ostpreußen, die polnischen Gebiete im Osten, beides Gebiete, in denen sich das Zentrum auf bäuerliche und kleinstädtische Volksmassen gestützt hatte, gehören nicht mehr zum Reich. Die bayerischen Katholiken, durch und durch reaktionär, sind vom Zentrum abgefallen; sie haben die Bayerische Volkspartei, das alte Gegenstück der Christlichsozialen in Oesterreich gegründet, die nicht mehr dem Zentrum angehört. So ist denn jetzt Rheinland-Westfalen die Hauptstütze des Zentrums. Aber in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bilden die Arbeiter die ungeheure Mehrheit der Wählerschaft. Kaum weniger als eine Hälfte der Zentrumswähler sind Arbeiter.

Aber in diesen gläubigen katholischen Arbeitermassen pärt es schon lange. Was haben sie doch in diesen letzten Jahrzehnten alles erlebt! Sie haben es erfahren, wie das dunklere Vaterland ihre Anstrengungen, ihre Opfer im Weltkrieg damit lohnte, daß es ihnen den Achtundzweitag nahm, sie wieder zu größtmöglicher Arbeit in der höllischen Hitze des Hochofens zwang. Sie haben es erlebt, wie katholische Kapitalisten, die mit Juden und Protestanten zusammen im Stahlwerksverband und im Kohlenyndikat saßen, wie Großunternehmer vom Schlage der Thyssen, Altkrüger, Louis Sagen, die an der Führung der Zentrumspartei großen Anteil haben, ihren katholischen Arbeitern nicht minder gewalttätig, nicht minder brutal entgegengetreten wie protestantische und jüdische Großunternehmer. Sie haben die Massenarbeitslosigkeit in der Rationalisierungszeit, sie haben die schamlose Rebellion der Stahlkönige gegen die Wiedereinführung des Achtundzweitags erlebt. Immer wieder haben sie sich, Schulter an Schulter und Hand in Hand mit ihren sozialdemokratischen Arbeitskollegen, gegen den gierigen Mammutkapitalismus des großen Kohlen- und Stahlreviers zur Wehr sehen müssen. Immer wieder haben sie dabei katholische Unternehmer, während Männer des Zentrums in den Reihen ihres Feindes.

Solche Erlebnisse bleiben nicht ohne Einfluß. Schon im September 1926, auf der Internationalen Konferenz der katholischen Arbeitervereine in Antwerpen, hat der Zentrumsabgeordnete Zoos freimütig die Gärung in den katholischen Arbeitervereinen geschildert. „Im ganzen Deutschen Reich“, sagte Zoos, „hat sich die seelische und praktische Haltung der katholischen Arbeiter zur sozialistischen Bewegung vollkommen geändert. Der Gegensatz ist zwar noch da, aber er wird im wesentlichen nur noch in weltanschaulichen Fragen empfunden, nicht so sehr mehr in der Verfolgung sozialer und wirtschaftlicher Ziele... Ein scharfer Kampf gegen die Sozialisten läßt in katholischen Arbeiterkreisen keine Vegetation mehr.“ Die christlichen Arbeiter wollen sich nicht mehr gegen ihre sozialdemokratischen Klassenfeinde, Schicksalsgenossen, misshandeln lassen. Nicht die Sozialdemokraten, die Unternehmer, auch die katholischen Unternehmer, die Zentrumsabgeordnete, betrachten sie als ihren Feind. „Die katholische Arbeiterkraft“, sagte Zoos, „empfindet sehr bitter die Lage religiöse, antisoziale wie auch die merkwürdige politische Haltung katholischer Unternehmer.“ So, Zoos, der Zentrumsabgeordnete, gab auch schon ganz freimütig zu, daß die christlichen Arbeiter auch gegen die katholische Geistlichkeit nicht zurück zu werden beginnen. „Mit der Priester teil Seelensorge, sondern ein Geldhunger“, sagte Zoos, „oder ist er nur für bessere Kreise der Gemeinde qualifiziert, dann ist das Vertrauen aufs stärkste erschüttert. Im Grenzgebiet von Religion und Wirtschaft und Religion und Politik wird die Meinung des Geistlichen heute nicht mehr als Erhaltungsmittel gewertet.“

„Mehr noch! Schon beginnt sich in manchen Städten katholische Gläubigkeit mit sozialistischen, ja mit revolutionären“



nen Gedanken zu vermengen. Schon im März 1926 flagte Joss in den Mitteilungen an die Arbeiterpräbiden" der katholischen Arbeitervereine: „Sozialrevolutionäre Programme in teils wunderlicher Verknüpfung mit religiösen Vorstellungen und aristokratischen Ideen suchen sich Gehör zu verschaffen. Eine sozialreligiöse Schwarmgeisterbewegung aus Verzweiflung und Not treibt ohne überlegene Führung bestimmbare Massen in der Arbeiterklasse, die noch gläubig gelassen ist.“ Der sozialdemokratische Redakteur Georg Beyer gibt in seinem interessanten, wenigstens sehr ansehnlichen Buche „Katholizismus und Sozialismus“, das vor kurzem von unserem Berliner Parteiverlag herausgegeben wurde, von dieser „sozialreligiösen Schwarmgeisterbewegung“ ein ansprechendes Bild. Da haben sich katholische Jugendbündlergruppen gebildet, die sich die absonderlichsten Namen beilegen: „Herrgottsmächte“, „Kreuzfahrer“, „Normannenteiler“, „Quidbörner“ usw. Da ringt sich in dieser Jugend schon das Bekenntnis zum Sozialismus durch. Dem Sozialismus als Wirtschaftssystem müssen wir zustimmen. Unsere Aufgabe ist es, ihn mit dem wahren Geist zu durchdringen, damit er erlösende Wirkung tut. Der Sozialismus ist der Ausdruck eines Glaubens. In der schwierigen Lage hat Marx das Glaubensbekenntnis des vierten Standes ausgesprochen, und sie erkennen: was er gesagt hat, das meinen wir. Was an Marx jüdische, waren sein edler Idealismus und seine Lauterkeit“, schreibt das „Arbeitsblatt“ der Herrgottsmächte. Die Kirche solle die Erlösung der Ausgebeuteten nicht „Juden, Ungläubigen und Vandalen“ überlassen. „Diktatur? Ja, offene Herrschaft des Proletariats. Die ist zehn- und hundertmal besser für Volk und Land als die Herrschaft des Gelds“, schreibt die katholische Zeitschrift „Das neue Volk“.

So gärt es schon lange in den christlichen Gewerkschaften. Die jüngsten Ereignisse haben diese Gärung vertieft. Die Rebellion der deutschen Stahlkönige gegen die Wiederherstellung des Achtstundentages, der von dem Zentrumsminister Brauns verbindlich erklärte Schiedsspruch, der den Wochenverdienst der Stahlwerksarbeiter drückt, all das hat die Arbeiter erregt. Und zu den wirtschaftlichen Ursachen der Erregung gesellen sich die politischen. Solange das Zentrum mit der Sozialdemokratie koalitiert war, waren die christlichen Arbeiter zufrieden. Jetzt aber sehen sie ihre Partei an der Spitze des Bürgerblocks, sehen ihre Partei an der Spitze einer Parteigruppierung, die die Bourgeoispartei gegen die große Masse der Arbeiter, gegen die Sozialdemokratie vereint. Sie fühlen: der soziale Sinn des Bürgerblocks ist die Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften sehen die Gefahr. Sie sehen: die Arbeiter werden in Massen vom Zentrum abfallen, sich den Sozialdemokraten zuwenden, wenn es nicht bald anders wird. Nur ein energischer Aufbruch des Zentrums nach links kann das Abfließen der christlichen Arbeiter noch aufhalten. Darum die Rebellion der christlichen Gewerkschaftsführer. Mit heiligen Worten wendet sich Der Deutsche, das Organ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, gegen den Bürgerblockkurs der Zentrumspolitik. Was man politisch für notwendig hält, schreibt Der Deutsche, „und nicht die Arbeitnehmer, sondern ihre Wahlstimmen. Um dieser Wahlstimmen willen macht man ein freundliches Gesicht oder spricht schöne Worte, obwohl es innerlich ganz anders aussieht...“ Auch in den anderen bürgerlichen Parteien sind die Arbeitnehmer, auch die Angestellten „geladen“. Die Arbeitnehmer sind unwillig, weil sie immer noch als Remisen milderer Wertes angesehen werden. Sie hassen die scheinheilige Arbeiterfreundlichkeit um der Wahlstimmen willen. Die Zeit, wo die Arbeitnehmer sich mit schönen Worten zufrieden geben, ist vorbei. Gegen die Zuteilung der Aktienbroschüre in der Partei und im Staate werden sich die Arbeitnehmer zur Wehr setzen. Damit ist nicht genug, daß nicht gegen die Arbeitnehmer regiert wird. Die Arbeitnehmer wollen mitregieren.

Der Sturm wird beschleunigt werden. Denn es ist eine Lebensfrage des Zentrums, daß er beschleunigt wird. Aber die Entwicklung, deren bloßes Symptom dieser Sturm ist, wird weitergehen. Der Klassenkampf zerschlägt allmählich den Ring, den überlieferte Glaubensgemeinschaft um Kapitalisten und Proletariat, um Bürger, Bauern und Arbeiter geschlossen hat. Lebendige Solidarität irdischer Klasseninteressen führt allmählich die Arbeiter zusammen, die bisher der Streit um den Himmel getrennt hat. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist auf dem Wege.

### Plutokratie bei Stresemann

Zur Auswärtigen Amt und in der Diplomatie herrscht nach wie vor der privilegierte Adlige und der geldschwere Bürgerliche. Bei Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes im Haushaltsausschuß des Reichstages verurteilte der Reichsaussenminister am Dienstag mit allerhand Ansinnen das plutokratische und feudale System in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes zu recht fertigen. Stresemann will von besonderer Soziallast nichts wissen, weil sonst die übrigen Mächte die sozialpolitische und die volkswirtschaftliche Ausbildung vernachlässigen. Bei den Bewerbungen, so erklärte Stresemann, werde niemand aus dem Grunde zurückgewiesen, weil er irgendeiner besonderen sozialen Schicht angehört. Aber es zeige sich schon bei den Bewerbungen eine gewisse Differenzierung. In der Hauptsache stammten die Bewerber aus Beamten- und Adelskreisen; ferner müßten die Kandidaten ja ein Staatsexamen gemacht haben, und schließlich seien sie gezeugt, bis zum 30. Lebensjahr zu warten, bevor sie in eine Stellung einrückten, die ihnen genügenden Verdienst gebe.

Mit diesen Verlegenheitsausreden bestätigt der Außenminister, daß im Auswärtigen Amt auch heute noch ein plutokratisches System herrscht. Im Laufe aus den unteren Stufen fernzuhalten, werden die Verdienstmöglichkeiten eben bis zum 30. Lebensjahr unterbunden. Das war ja auch früher schon ganz allgemein in der Verwaltungskarriere der Fall. Nur wer Geld und Protektion hat, kann es wagen, als Bewerber für den auswärtigen Dienst aufzutreten. Darüber ist die gesamte Öffentlichkeit so genau im Bilde, daß gewöhnliche Sterbliche — und mögen sie noch so geborene Aristokraten für die Laufbahn im auswärtigen Dienst mitbringen — es erst gar nicht darauf ankommen lassen, sich in der Wilhelmschen bei einer Bewerbung ein Wort zu holen. Der Reichstag aber duldet diesen Zustand, weil der Bürgerblock eine Mehrheit hat.

Reinholdts Faust im Glas. Der Reichsaussenminister von Dagebau im Glas, der sich geneigt hat, auf dem Reichstag die französischen Vertreter zu helfen, soll auf Grund eines Beschlusses des französischen Ministerrats auf die Insel werden.

### Keilerei in der SPD. Die Drohung mit der Hundepelle

Die Einheitsfront der Kommunisten untereinander nimmt schlagende Formen an. Die Rote Fahne bezeichnet Maslow als Polizeispiegel, seine Rolle werde offenbar werden, wenn die siegreiche kommunistische Revolution die Polizeiarbeit öffnen werde. Maslow antwortet darauf mit der Androhung schlagender Gegenbeispiele:

„Nun habe ich nicht soviel Zeit und nicht soviel Geduld, bis zu diesem Zeitpunkt zu warten. Freilich, weil diese „Führung“ der SPD, die die Macht erobert wird, zweitens weil ich keine Lust habe, mich von jedem Schmutz, der noch vor wenigen Jahren etelbaste Lobeshymnen auf mich schied, anpfeifen zu lassen.“

Die Gesellschaft in der Redaktion der Rote Fahne weiß, daß es mir nicht einfallen wird, meine revolutionäre Ehre durch das bürgerliche Gericht schätzen zu lassen. Da mit dieser Gesellschaft andererseits auf die unter etelbaste Revolutionären übliche Art über derlei Angelegenheiten nicht zu verhandeln ist — denn sie sind bewußt und gemeine Verleumdung — so erkläre ich:

Ich werde jeden Redakteur der Rote Fahne, wo und wann ich ihn treffe und unbefehlet der für ihn entscheidenden Folgen, körperlich schädigen, damit er wenigstens für seine Verleumdungen einen Lohn bekommt, an den er denken wird. H. Maslow.“

Die Redakteure der Rote Fahne werden nun wohl den Schutze der preussischen Polizei suchen oder einen Breisbayer in die Redaktion aufnehmen.

Es lebe die Einheitsfront!

### Jämmerliche Justiz

Z. Leipzig, 24. Januar. (Eig. Drahtber.) Der monarchistische Generalleutnant D. Bronsari von Schellendorf hatte sich vor wenigen Monaten anlässlich einer Veranstaltung des Bismarck- und des Tannenbergbundes in Königsberg das Vergnügen geleistet, von einer „jämmerlichen Republik“ zu sprechen, die nur ihr Leben stiffe, weil sie die Offiziere und Beamten des alten Königtums übernommen habe. Der monarchistische General wurde damals trotz diesem schweren Vergehen gegen das Republikanhänger freigesprochen. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Revision ein, mit der sich am Dienstag der zweite Strafprozess des Reichsgerichts befaßte. Trotzdem der Reichsanwalt wegen des Ausdrucks „jämmerliche Republik“ eine Verurteilung des Angeklagten verlangte, verwarf der Senat die Revision. Der General kann also die jämmerliche Republik ungestraft beleidigen — infolge der jämmerlichen Justiz. Der gleiche Senat befaßte dagegen die schwere Strafe gegen einen Arbeiter Kexler, der vom Landgericht in Berlin wegen kommunistischer Aufstachelungen und Verleumdungen im September d. J. zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er angeblich mit zwei andern Genossen einen Polizeibeamten tätlich beleidigt hatte.

### Abrechnung mit Poincaré

Die Sozialisten fordern Stabilisierung

Der Beginn der seit langem mit großer Spannung erwarteten Finanzdebatte in der Kammer brachte noch keine scharfen Zusammenstöße und sensationellen Zwischenfälle. Nach den Andeutungen der letzten Tage hatte man erwartet, daß Poincaré die Diskussion eröffnen werde. Er hatte jedoch in letzter Minute diesen Plan aufgegeben, um zunächst die Interpellanten zu Wort kommen zu lassen und sich für seine Intervention den taftisch günstigsten Moment auszuwählen.

Eine der größten Chancen für Poincaré ist, daß auch diesmal wieder keine Gegner ungenügend und innerlich gehalten sind. Die Radikalfraktion, deren Stammesfraktion am Dienstag zusammengetreten war, um sich über ihre endgültige Haltung in der Finanzfrage schlüssig zu werden, sind wiederum zu keiner Einigung gelangt. Eine vom Abgeordneten Malou ausgeleitete Tagesordnung wurde zwar angenommen, es konnte jedoch über die Tagesitz, die bei der Endabstimmung eingeschlagen werden soll, eine Einigung nicht erzielt werden. Die Regierung dürfte nämlich im Ver-

### Der Skandal der Ruhrentschädigungen

Die Bürgerblockmehrheit deckt die Unternehmer, aber verweigert den Arbeitern Entgegenkommen

Deutscher Reichstag

386. Sitzung, Dienstag, 24. Januar.

Der Reichstag brachte am Dienstag die erste Beratung des Ruhrentschädigungsgesetzes und schloß sie am Ende. Anführer des Reichsaussenministeriums sprach am Dienstag die erste Beratung des Ruhrentschädigungsgesetzes und schloß sie am Ende. Anführer des Reichsaussenministeriums sprach am Dienstag die erste Beratung des Ruhrentschädigungsgesetzes und schloß sie am Ende. Anführer des Reichsaussenministeriums sprach am Dienstag die erste Beratung des Ruhrentschädigungsgesetzes und schloß sie am Ende.

Der parlamentarische Antrag auf Veröffentlichung des Berichtes des Sachverständigen über das Ergebnis der Untersuchung der Ruhrindustrialen wird im Hammelstimmung mit 179 Stimmen der Regierungsparteien gegen 141 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der vor den Wahlkreisferien abgebrochenen Beratung des Berichtes des

Untersuchungsausschusses über die Feststellung der an die Ruhrindustrialen ausgezahlten Beträge.

Hg. Rosenbaum (Komm.) verlangt, von der Regierung Auskunft darüber, wie sie die bei der Ruhrschädigung geschädigten Arbeiter und Angestellten entschädigen wolle. Von der Auszahlung der 716 Millionen Mark an die Ruhrindustrialen hätten aus der Bilanz des Bergarbeiterverbandes und andre führende Sozialdemokraten gewußt.

Ministerialdirektor Dr. Dorn erklärt, die Regierung habe zur Ruhrrentschädigung eine Summe von 30 Millionen Mark zur Unterdeckung der geschädigten Mittelstandskreise und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Ausschusses erfüllt worden.

Hg. Dr. Herz (Soz.):

Gegenüber dem kommunistischen Redner Strauch ist nur die Tatsache festzustellen, daß es die Sozialdemokratie selbst war, die Anfang 1925 die Vorgänge bei den geheimen Zahlungen an die Ruhrindustrialen an den Tag gebracht hat. Wäre es richtig, daß die damaligen sozialdemokratischen Minister daran beteiligt gewesen wären, so wäre es doch unabweisbar, daß wir uns selbst

lauf der Finanzdebatte selbst eine Tagesordnung einbringen und die Vertrauensfrage stellen. Die radikalen Abgeordneten würden dann vor die Wahl gestellt sein, entweder ihre eigene Tagesordnung aufrechtzuerhalten und damit die Regierung in die Lage zu versetzen, oder wie bisher durch getrenntes Vorgehen der beiden Parteiflügel die Regierung zu retten.

In der Kammer ergreift als erster Interpellant der parlamentarische Abgeordnete Bedouce das Wort. Einleitend erklärt er, daß es sich bei dieser Diskussion um Fragen handle, die von der gesamten Bevölkerung gestellt werden und deren klare Beantwortung das ganze Land erwarde. Die sozialistische Partei werde getreulich als befruchtend bezeichnet, doch wäre gerade sie es gewesen, die infolge der mangelnden Initiative der bürgerlichen Parteien ein konstruktives Sanierungsprogramm vorgelegt habe. Bedouce erklärte hierauf ausführlich die Ursachen der Währungsinstabilität. Schon während des Krieges wären große Fehler gemacht worden, da man es ablehnte, das Kapital der Bürger zu mobilisieren und dem englischen Beispiel, einen Krieg mit Steuern und nicht mit Anleihen zu finanzieren, zu folgen. Erst auf ein Minimum der sozialistischen Partei hin sei im Jahre 1917 eine Einkommenssteuer eingeführt worden. Später habe man sich mit der Gewinnbegrenzung begnügt, daß Deutschland zahlen werde. Die französischen Sozialisten hätten später den Frieden von Versailles geschlossen, weil sie es für ausgeschlossen hielten, daß Frankreich die Schulden von Deutschland bezahlt würden. Der Traum der deutschen Willkür habe sich auch nach in ein Nichts aufgelöst, und das französische Defizit sei bis 1924 auf über 300 Milliarden Franz geblieben, nachdem die Widerstände gegen die erforderliche Restrukturierung weiter angebaut hätten. Schuld an dem Zusammenbruch sei also der allein

die Steuerbefreiung des Kapitals gewesen. Bedouce schloß mit einer Ausführung über die Aufgaben der Stabilisierung. — Die Sozialisten fordern eine Stabilisierung um jeglichen Kurs.

### Der erkappte Waffenschmuggler

Ungarns Horthy-Regiment vor dem Völkerbund

P. Paris, 25. Januar. (Eig. Drahtber.) Der Belgische Richter hat die Verurteilung eines ungarischen Offiziers, der in der Nähe der Grenze Waffen für die ungarische Armee geschmuggelt hatte, bestätigt. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Darüber herrsche volle Einmütigkeit bei den beteiligten Anwälten. Man habe unüberlegliche Dokumente in der Hand, die beweisen, daß der jetzt erkappte Waffenschmuggler der achte dieser Art sei. Ungarn habe seit der Aufhebung der Militärkontrollen fast 10 Millionen eingeführt, das es mindestens zehn Kriegszweige Divisionen ausrichten könne.

B. Prag, 25. Januar. (Eig. Drahtber.) Der stellvertretende Ministerpräsident gab am Dienstag im Abgeordnetenhaus bekannt, daß als Spektakel der an der österreichisch-ungarischen Grenze beschlagnahmten Munition eine ungarische Firma in Frage komme. Angeklagt sei dagegen die Frage, für wen die Munition unter falscher Deklaration bestimmt war. In Anbetracht dessen in der Verhaftung aufgehoben, daß es sich um Kontenhandlung nach Ungarn handle, dem die Einfuhr von Waffen und Munition aus dem Ausland verboten sei. Die Tschechoslowakei und die andern zur Munition gehörigen Staaten hätten sich deshalb entschlossen, die Einfuhr von Munition des Völkerbundes auf den Vorkauf von St. G. zu untersagen. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen liegt daher beim Völkerbundrat.

C. Belgrad, 25. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Staaten der Balkan-Entente haben sich nunmehr über den Text ihrer gemeinsamen Erklärung an den Völkerbundrat über den Waffenschmuggel an der österreichisch-ungarischen Grenze geeinigt.

### Regierung der Arbeiterpartei in Norwegen

C. Oslo, 21. Januar. (Eig. Drahtber.) Die norwegische Arbeiterpartei hat am Dienstag beschlossen, den ihr vom König angebotenen Auftrag zur Bildung einer Arbeiterregierung anzunehmen. Wahrscheinlich wird der sozialdemokratische Vizepräsident des Storting mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

nach einigen Monaten in Anklagezustand versetzt haben könnten. Wir haben keinen Anlaß, uns in irgendeiner Weise der Tätigkeit unserer damaligen Minister zu schämen. Wir halten es nach wie vor für ein höchstes Ziel in ihrer Tätigkeit, daß sie der damaligen Situation außerordentlich gewachsen waren, obwohl die Tätigkeit festhielt, daß das Arbeitsministerium, solange unser Minister nicht beteiligt war, daß aber das Arbeitsministerium am Ende der Spitze stand. Niemals ist von uns die Anschuldung vorgetragen worden, daß die Industrie allein die Reparationskosten zu tragen hätte. Das habe ich in meiner Rede vom 20. Dezember 1925 ausdrücklich festgestellt. Wir haben uns auch stets dagegen gewehrt, daß das Reichland zu einer Reparationsprovision gemacht werde. Aber unsere Anklage richtet sich dagegen,

daß die Entschädigungszahlungen ohne jede Veranlassung des Parlaments unter Verstoß des Statutrechts des Reichstages und ohne Unterrichtung der Öffentlichkeit abgemacht worden sind.

Wir befinden uns dabei auch in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Bergarbeiterverbandes, und auf diesen Zusammenhang hat sich auch der Untersuchungsausschuß gestellt.

Es steht fest, daß in dieser schwersten Zeit des Reiches die Ruhrindustrialen nicht an das Reich, sondern an die Allgemeinheit, nicht an das deutsche Volk gebracht haben, sondern lediglich daran, wie sie sich einen Rechtsanspruch schaffen ließen. Sie haben sich einen privatrechtlichen Vertrag geben lassen, und sich v. Eindeiner beschneidung ihnen damit, daß sie dabei nur an die eigenen Geldbeutel gedacht haben. Die Industrie- und Bergarbeiterzeitung, die Herrn Strauch nachstehend, hat am 1. Februar deutlich ausgesprochen, warum der Reichstag nicht beschließen sollte: „Die großen Industrien hatten keine Lust, ihre Aufgaben durch das statim bekannte Reich an den Reichsausschuß zu übertragen, mehr oder weniger faulen Kommissar zu verschicken. Diese Sätze vor dem Reichstag ist zu verstehen, daß die Industrie 30 Millionen, Arbeiter 17 Millionen, Mannesmann 19 Millionen, Phoenix 18 Millionen, die Rheinischen Eisenwerke 20 Millionen, Thyssen 24 Millionen, Krupp 16 Millionen. Die Sozialdemokraten hatten auf Grund der Verhandlungen im Ausschuss zu der Regierung gelangt, daß

Heberzahlungen im Betrage von 83 Millionen Mark geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin

geleistet werden mußten. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich dem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin







### Bekanntmachung. Invalidenversicherung.

Nach dem Reichsdekret vom 8. April 1927 (§§ 129, 130, 131) sind die Beitragspflichtigen für die Invalidenversicherung...  
Wann das Versicherungsrecht erlischt, wenn der Versicherte...  
Wann das Versicherungsrecht wiederhergestellt wird, wenn der Versicherte...

Kategorie	Wohndienstleistungen		Beitragsbeitrag
	von mehr als	bis zu	
I	6 RM	12 RM	20 RM
II	12 RM	18 RM	30 RM
III	18 RM	24 RM	40 RM
IV	24 RM	30 RM	50 RM
V	30 RM	36 RM	60 RM
VI	36 RM	42 RM	70 RM
VII	42 RM	48 RM	80 RM

Die Beiträge für die Invalidenversicherung...  
Wann das Versicherungsrecht wiederhergestellt wird, wenn der Versicherte...

Kategorie	bei einem Verdienst bis zu		und freier Wohn- u. Wohnkosten im Verhältnis von		in der Versicherungs-klasse	mit einem Wochenbeitrag von
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich		
1. Versicherte bis zu 25 Jahren	20,-	480,-	20,-	238,-	II	60,-
	30,-	576,-	25,-	285,-	III	80,-
2. Versicherte über 25 Jahren	40,-	960,-	40,-	476,-	IV	100,-
	50,-	1200,-	50,-	595,-	V	120,-
3. Versicherte über 50 Jahren	60,-	1440,-	60,-	714,-	VI	140,-
	80,-	1920,-	80,-	952,-	VII	160,-

Dresden den 5. Januar 1928  
Der Vorstand der Invalidenversicherungskasse Dresden.

**Statt Karten!**  
Es ist uns Herzensbedürfnis, für die wohlwollenden Beweise in Wort, Schrift, Blumenkranz und das letzte ehrende Geleit beim Bestehen unserer lieben Angehörigen...

**Frau Ida verw. Wolf**  
geb. Lorenz

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten den herzlichsten Dank auszusprechen. Am liebsten nach dem Tode der Frau Schmidt für die tröstlichen Worte am Sarge und für den erhellenden Gang des Trauerbestattungswesens.

**Allen nochmals herzlichsten Dank.**  
Freitag, 23. Januar 1928, Dresden, den 24. Januar 1928.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nachdem wir unsere liebe Mutter, Groß-, Urgroß- und Schwägermutter

**Frau Anna Theresie verw. Urban**  
geb. Thiemann

zur letzten Ruhe gebracht haben, ist es uns Herzensbedürfnis, allen denen, welche uns durch Wort, Schrift, Blumenkranz und Beileidung zur letzten Ruhe ihre Teilnahme bezeugten, Dank auszusprechen.

Besonders danken wir unserer lieben Nachbarin Frau Neubauer für ihre opferwillige Hilfeleistung während der langen Krankheit unserer lieben Mutter.

**Allen nochmals herzlichsten Dank.**  
Freitag, 23. Januar 1928, Dresden, den 24. Januar 1928.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach langer Krankheit verschied unser lieber, der Volkshilfsarbeiter

**Bruno Mäbert**  
aus Moritzburg.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, am Trauerhaus, Blumenstraße 2, statt.

Bitte teilnehmend zu sein.  
Deutscher Landarbeiter-Verband  
Hauptamt Dresden.

**Stempel-Walther**  
Eilige Stempel in wenig Minuten  
Amalienstr. 21  
gr. Brüderg. 38

Schöner gebraucht, Tisch...  
**LIES MEHR**  
Die Macht des Willens  
Eine abenteuerliche Geschichte aus Indien von G. H. Ullrich.  
226 Seiten, Halbleinwand, nur 0,95 RM.  
Volkshandlung, Wettinerplatz 10, und ihre Filialen.

Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft  
Volkshandlung, Wettinerplatz 10

**Das Meterschutzgesetz**  
in der neuen Fassung  
mit gemeinverständlicher Erläuterung und Sachregister  
von Richard Uhlig, Dresden.  
Vordruck in den Dresdner Volksbuchhandlungen

Allgem. Deutscher Ortsauschuss **ADGB** Gewerkschaftsbund Dresden  
Riennerstraße 4 I Telefon Nr. 1700  
**Deutscher Verkehrsband, Ortsb. Dresden**  
Sonnabend den 26. Januar 1928  
In gemütlichen Räumen des Volkshauses (Trianonstraße), Trabantenstraße und Schützenplatz 4  
**Ein fröhlicher Abend am Rhein**  
Herzliche Rheinlandsdekoration, Fußball, ausgeführt von dem beliebten Fünftakter-Orchester, - (Belagungsarbeiten vom Dresdner Solo-Quartett: Herr Richard Oberkamp (Tenor), Herr Karl Sagemann (Sopran), Herr Richard Kipper (Bariton), Herr Otto Seifert (Bass), sämtlich Mitglieder der Singsänger.

**Betriebsräte-Gruppe XIII (Landwirtschaft und Gärtnerei).**  
Dienstag den 7. Januar 1928, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1.  
**Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Rolle des wirtschaftlichen Rechts. Mit Mollat-Sträger 2. Gruppenausstellungen.

**Arbeiterinnen-Schulungsmitteln.** Montag den 23. Januar 1928, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1.  
**Versammlung.** Tagesordnung: 1. Schulungsmitteln: Die Berufsberatung in Sachsen. Referent: Dr. Berufsmitteln G. Ullrich. 2. Gruppenausstellungen.

**Deutscher Beschäftigter-Verband, Filiale Dresden.** Mitglieder aller Branchen.  
Montag den 20. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 1.  
**Jahres-Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht der Filiale. 3. Neuheiten. Die Wahlzeit der Landesorganisation beginnt den 26. d. M.

**Kulturfilm-Gemeinde Dresden-A.**  
Donnerstag den 21. und Freitag den 22. Januar, täglich 7, 6 und 8 Uhr im Volkshaus-Trianon-Saal  
**Durch unbekanntes Afrika**  
Eine Filmexpedition durch das Hinterland der Negerepublik Liberia  
Eintrittspreise 40 Pf. für ein an dem Volkshaus abgeholt zu haben.

**Sonder-Angebot**  
Feinster geräucherter  
**Kasseler Rippespeer**  
das Pfund zu 1.50 RM.  
erhältlich in den Verteilungsstellen des  
Konsumvereins  
**Vorwärts**

**T. B.**  
Theater am Bischofsplatz 4  
Dresden-N. Lichtspiele Fernruf 51681  
Nur noch heute u. morgen die amüsante Hochstaplerkomödie  
**Gauner im Frack**  
mit den beliebtesten Künstlern  
Nils Asther, Susy Vernon, Paul Heidemann.  
Ab Freitag  
**Greta Garbo**  
der jüngste u. erfolgreichste Filmstar, in ihrem neuesten Großfilm  
**Totentanz der Liebe**  
Eine Liebesgeschichte von seltener Wucht und Spannung  
Täglich Anfang 6.15 Uhr, Sonntag 3 Uhr  
Sonntag 3 Uhr nachmittags  
Die beliebte Familien- u. Kindervorstellung

**Schweizerhäuschen**  
Schweizer Str. 1 - Telefon 4118. Linien 8, 10, 13, 26  
Jeden Mittwoch  
7 Uhr  
**Volkstümlicher Tanz**

**Selbst „Naumann“ nähen!**  
Sie brauchen nur ein paar Meter Stoff für ein Kostüm oder warme Unterleider, für seine Wäsche und Zeitungs! Dazu noch passende Schürze und natürlich eine gute Naumann-Nähmaschine aus den bekannten 3 Binfiler-Läden, Straßberg 9, Johannstr. 19, Prager Str. 36, weil gerade auf eine „Naumann“ ein Lebensalter und länger reiflich Verlaß ist. Sie kaufen übrigens spielend leicht gegen kleine Raten und erhalten zudem kostenlosen Unterricht in allen Näh-, Stoff- und Stickerarbeiten, auch im Gebrauch jener „Naumann“-Apparate, mit denen Sie z. B. so wunderbar schnell foppen und säumen, einfassen und aufnähen, kräfteln und wässern können. Und dann kneipern Sie los! Sie werden sich herzlich freuen!

**Alles wird Ihnen gut gelingen!**  
Genossen! Verfehrt nur in den Posten, die in der Dresdner Volkszeitung inserieren

**Pianos**  
neue und gebrauchte  
solid und preiswert  
Zahnräderleuchten  
**Lehlpianos!**  
Zirkusstraße 36, 1018

**Rabe**  
Zirkusstraße 36, 1018

**Sattel-Bieder**  
für alle fehlenden  
Gelenken  
**Musik-Kinder**  
Galeriestraße 21  
Montag 1928, 1129

Jeden Sonnabend  
kommt der 1022

**Böhm. Belliedermann**  
Weißer Gasse 2, 113 Freiberg.

**!Gesichtspickel!**  
Wetterer usw. können  
sich leicht mit so leichter  
Wäsche bereichern! Gut im  
gera. Markt, können diese  
Wäsche liefern, ungenügend.  
Frau M. Volow  
Hannover 0, 17, Eisenstr. 21 A  
1748

Felle all. Art kauft  
**Fell-Färber**  
Reiniger Straße 11

**Landhaus**  
mit Feld und Wald  
zu verkaufen  
Reichert, Nr. 65  
Bergmanns Erben  
Rat z. anwärt. Käuf.  
Wälschstraße, Kommt.  
Hinterstr. 2, 113  
ort. Palmstr. 31, pl. 1019

**Räder**  
D. Räder  
Volow, B. H. 113

**Altenberg.**  
Befragungen an  
Dresdner  
Volkszeitung  
Bitte jährl. 1000  
Herausgeber  
bezieht man  
Georg Huitisch  
Kolporteur  
Hirschgrünger Str.

**V.-O. Lichtspiele**  
im Volkshaus Dresden-Ost  
Sebanauer Str. 78, Ecke Alleeberger Straße  
Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (26. bis 28. Januar)  
**Mädchenhandel**  
Eine internationale Gelehr. geschildert in 7 Akten auf Grund  
bisher unveröffentlichter Dokumente mit Unterstützung des  
deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels  
Außerdem das bekannte große Ballettprogramm mit  
neuester Emelka-Weekendbau u. Kulturfilm  
Vorführungen: 7 und 9 Uhr

**Englisch u. Französisch**  
Erfahrenere, und empfindliche Lehrerinnen sucht nach  
Teilnehmer an Kursen i. Anfang u. Fortschritt.  
1928 monatl. 3 RM. bei 1 1/2 Stunden wöchentlich.  
Genehmigter. In S. Dresden, 291 Nr. 210. 10881

**Befragungen**  
auf die Dresdner Volkshandlung  
Literatur und Aufsätze  
müssen eingereicht  
werden  
Molitorstr. 21  
Dresden • Oberstr.

Genossen und Genossinnen! Unterstützt die Inferenten unsrer Zeitung!



# Dresdner Chronik

## Vogelhochzeit

Eine unserer Leserinnen hat diese Erinnerung an einen alten, in der Stadt kaum bekannten ländlichen Brauch niedergeschrieben:

Heute, am 25. Januar, ist Vogelhochzeit. Welches Kind der Stadt weiß um sie? Woher kennt den Brauch? Wie sollte auch? Ist doch die „Vogelhochzeit“ ein fest engster Verbundenheit mit der Natur. Trifft sie heute doch selbst auf dem Lande, in der Gausitz und der Wendet, wo sie beheimatet ist, schon mehr und mehr ins Reich der Erinnerung zurück. Wieviel mehr müßte also die Vogelhochzeit den Stadtmenschen von allem intimen Naturgeschehen im den Brauch haben vergessen lassen, wenn er je um ihn gewürkt hat.

Vogelhochzeit! Schon der Klang des Namens löst heimliche Festfreude in mir. Ja, ist es nicht ein Fest? Wie ein Feiern liegt es über der Natur. Erste leise Stimmchen regen sich. Die Luft ist noch kalt, doch die Sonne scheint. Und der Frühling ist nicht mehr weit. Fern im Süden denken die Papageien an die Heimkehr in ihre nordische Heimat und an ihre Paaren. Bald werden die ersten Wanderer wieder da sein! Und die Menschen freuen sich, freuen sich auf den Frühling, auf das Revueleben der Natur und warten und können es kaum erwarten. Und sie feiern schon im voraus, feiern die Hochzeit der Vögel!

Ich war ein kleines Mädchen und meine Eltern hatten eine Wirtschaft. Jedes Buntchen in Haus und Hof war Spielplatz meines Seins und meiner Phantasie. So lebte ich auch mit den Schwalben in Schuppen und Stall, sah ihrem Fluge und ihrem Nestbau zu, hörte die Jungen erst nur piepsen, staunte dann die großen, offenen Schnäbel an. Ich liebte die Schwalben, denn sie gehörten zum Haus wie ich.

Was wunder, daß ich mich auf die Vogelhochzeit freute! Doch es hatte noch einen anderen Grund. Kaum daß ich, aus der Schule zurück, den Kragen abgeworfen hatte, stellte ich eiligst Schüsseln und Teller vor das Haus und sah dann sehnsüchtig zum Stubenfenster hinaus. Dann aber hatte die Mutter immer einen Auftrag für mich. Holz vom Boden zu holen oder eine ähnliche Beschäftigung, die mich meinen Ausflugsplätzen entführte. Selten war ich mit der Ausführung so rasch fertig, wie an diesem Tage, so denn die Vögel nicht bald kommen wollten.

„Guck nur mal zur Haustür raus, sie werden schon da sein“, rief dann die Mutter.

Und vordrinnen herrschte tief ich hinaus. Da standen sie da, erfüllt, die Schüsseln und Teller! Gefüllt mit Bäckchen, Mandeln, kleinen Biscuits und anderem Süßem! Ganz frisch war alles, und sein lauber lag es in dem weigleuchtenden Geblüde. Und die Sonne schien, wie nie an diesem Tage immer schien. Der weiße Schnee glitzerte über den Gärten und Feldern lag feierlichster Frieden, und der Himmel spante sein schützendes Blau. Das war die „Vogelhochzeit“.

## Technik und Kohle

Die wichtigste Kraftquelle der modernen Technik ist die Kohle. In ihrem Hochzustand oder in Form von Bräunlingen oder Kohlenstein wird sie in den Kesseln und Heizanlagen der Wohnungen und Fabriken verbrannt, um Wärme zu spenden. In der gleichen Form wird sie die Lokomotiven der Eisenbahnen, die Schmelzöfen der Stahlwerke, die Schrauben der Dampfkessel. In den Gaswerken wird sie in Leucht- und Kochgas umgewandelt und dann in einem weitverbreiteten Mischgas durch die ganze Stadt geleitet. In großen Fabrikanlagen wird sie verflüssigt, um als Öl die Motoren und die modernen Kälteanlagen zu speisen, die Flugzeuge und andere neuzeitliche Verkehrsmittel zu treiben. In Großkraftwerken wird die Wasserkraft der Kohle in elektrische Energie umgewandelt, um als elektrischer Strom über ganze Länder geleitet, in Haushaltungen bis in die kleinsten Wohnungen und entlegenen Gebiete geführt zu werden und überall als Licht- und Kraftquelle zu dienen. Die Nebenprodukte bei der Vergasung, Verflüssigung, Verflüssigung der Kohle dienen den mannigfaltigsten technischen Zwecken. Bei dieser Bedeutung der Kohle für unser ganzes wirtschaftliches und technisches Leben ist es selbstverständlich, daß sie auch in einer der Technik und dem Gemeinleben gewidmeten Ausstellung im Mittelpunkt stehen und den Ausgangspunkt für alle weiteren Ausstellungsgebiete bilden muß. Von dieser Selbstverständlichkeit aus wird sie in der Dresdner Jahreschau 1928 „Die Technische Stadt“ ein besonderer und hervorragender Platz eingeräumt werden.

Die älteste und wertvollste Kohle ist die Stein- oder Braunkohle, die durch die Verfestigung von urweltlichen Koniferen, Kiefern und anderen Pflanzen entstanden ist. Gemahlene Kohlen, Leuchtgasgemischungen und andere Kohlenprodukte verschütten ganze Wälder von Kiefern, die dann im Laufe von Jahrhunderten tief unter der Erdoberfläche verrotten. Aus dieser Kohle wird eine urweltliche Vegetation, diese Jenseits aus der Kohle unterirdischen Planeten in tiefen Schichten mit weitausgedehnten Wäldern und Gängen von gefahrdrohenden Bergläuten in hundert Metern abgebaut und durch Fortschritt in der Erde getriebene Förderer zum Tage gefördert. Die Weltkohlenförderung betrug 1927 11,1 Milliarden Tonnen. Davon kamen auf Amerika 6150 Millionen Tonnen, auf Europa 4500 Millionen Tonnen, der Rest auf die anderen Erdteile. Deutschland war an dieser Kohlenförderung mit 145,4 Millionen Tonnen beteiligt. Seine Kohlenförderung ist die zweitgrößte der Welt. In Deutschland wird Kohle nach dem Weltkrieg zu einem guten Teil für die Kohlenförderung herangezogen. Auch im Preiskrieg Sachsen wird Kohle gewonnen, besonders im Pleißenischen Grunde bei Dresden und im Joidau-Deilsniger Gebiet.

Die jüngere Schwester der Stein- und Braunkohle, die Anthrazitkohle, wird durch die Vermoderung von Holzgewächsen und Torf. Ihre Kohlen enthält meist wesentlich mehr, bis 80 Prozent Kohlenstoff, als die Braunkohle, die 70 bis 80 Prozent Kohlenstoff enthält. Die Anthrazitkohle ist ihrer Förderung im Tagebau nach der Entfernung des Kohlenstoffes durch große Lageranlagen in vielen Fällen möglich. Die Anthrazitkohlenförderung betrug im Jahre 1928: 178,8 Millionen Tonnen, davon entfielen allein auf Deutschland 139,9 Millionen Tonnen. In weitem Ablande folgen dann die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Kanada, Österreich, die Vereinigten Staaten und die übrigen Länder. In Sachsen befinden sich die Anthrazitlager besonders südlich von Leipzig, wo zwei der größten Anthrazitlager, die Anthrazitlager bei Bitterfeld und bei Hainichen, auf diesen Braunkohlenlagern basieren. Die Anthrazitkohlen sind die wichtigsten der sächsischen Kohlenförderung.

Die sächsischen Berechnungen werden allerdings die Anthrazitkohlen in einigen hundert Jahren erschöpft sein. Die

# Das neue Fernsprechunteramt Johannstadt

Die solange dringenden Bitten an der Geroltsstraße, auf denen vor etwa einem halben Jahrhundert die alte Vogelwiese stand, verschwinden jetzt nach und nach. Unter dem neuen Bauwerk fällt ein solcher mit hohem Dach bedeckter Bau, dessen Außenfronten bereits vollkommen fertiggestellt sind. Es ist ein Neubau der Oberpostdirektion Dresden. Infolge der dichten Bevölkerung der Johannstadt wurde die Schaffung eines neuen Fernsprechunteramtes und eines großen Postamtes notwendig; die Oberpostdirektion erwarb deshalb das an der Ecke Wintergartenstraße und Geroltsstraße gelegene städtische Baugelände. Besonders ausschlaggebend für die Wahl des Bauplatzes war die



Lage der Hauptabteilungen des Fernsprechunteramtes im Zuge der Strießerer Straße und der Dürenstraße.

Der Bauplan sieht ein in zwei Gruppen eingeteiltes Gebäude vor, dessen erste Gruppe nun fertiggestellt ist. Sie wird das neue Fernsprechunteramt Johannstadt aufnehmen. Die Schaffung dieses neuen Amtes hat als unbedingt notwendig erwiesen, da das Fernsprechunteramt Strießerer in der Wartburgstraße schon in aller Kürze vollständig überlastet sein wird. Am 1. Dezember 1928 wurde

Steinföhrle wird nach ungefähr ein Jahrtausend ausreichen. Die Technik ist daher unabhängig am Werke, um Ersatz für diese wertvollen und gegenwärtig noch gänzlich unentbehrlichen Naturprodukte zu finden. Sie baut die Wasserkräfte aus, um aus münd, auch das Problem der Ausnutzung von Erde und Luft, die die Luft und ihre Strömungen, die sogenannte „Blauwelle“, zur Gewinnung von Licht und Kraft auszubilden, ähnlich der Windmüller die Luft als Triebkraft benutzte, nur in viel größerem Ausmaß.

Zweifellos wird es der Technik gelingen, rechtzeitig einen vollwertigen Ersatz für die Kohle zu finden, wie es ihr ja auch gelungen ist, das natürliche Erdöl durch Braunkohle zu ersetzen. Auch bei diesem Werk ist die Kohle der Technik wertvolle Dienerin. Einen umfassenden Ersatz in der Gewinnung der Kohle und ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Technik wird man in der Dresdner Ausstellung „Die Technische Stadt“ erhalten, die im Mai 1928 eröffnet werden soll.

## Moral

### Ufa-Ballet

Es ist Ludwig Thomas „Moral“, die zu diesem Film verarbeitet worden ist. Amant verarbeitet — aber durchsichtiger übernommen, die im Bühnenstück durchaus willfährige Komik reimt sich Gewissen und Mores gar nicht zusammen. Ufa-Ballet, führt von Geroltsstein, Residenz GutsMuths, Türens, Stillschleierverein — da geraten die Betrüger in Konflikt, und die Episoden wuchern über alle Wahrscheinlichkeit hinaus, wenn es P. der Komiker, der dem Größten „Klavierunterricht“ erteilen soll und bei dem heimlich der gesamte Stillschleierverein in Schanden gehaltenen Fortsetzung verachtet und (im schillernden Reue-Blamé) mit zwei Landstreichern zusammen in den Polizeigewahrsam gesteckt wird. Der Komiker hat heimlich sämtliche Herren des Stillschleiervereins gefickt. Mit dieser lächerlich triumphierenden in der Pufferei im Schloß, um dort dem Größten weiter „Klavierunterricht“ zu erteilen. Also: Moral ist ein Film, der nicht wiederzuerkennen, und ausführen sollte im Film und deren Spiel dieser kleinbürgerliche Stillschleierverein, füge er leibhaftig im Parkett nichts „Anstößiges“ einbringen könnte; gahmer „Moral“ kann man ja kaum sein. So wird das Amüsen, das der Film trotz seiner geistlosen Schwächen bietet, geboten von den Hauptleuten des Stillschleiervereins, die von Ralph Arthur Roberts vor allem, von Jakob Liebitz an nächster Stelle ergötzt faszinierend gespielt werden. Für die Texte dieser Szenen hat man sich Verbindungen aus Heinrich Manns Roman „Professor Ural“ mit Erfolg ausgeliehen.

## Verfälschter Sonntagsverkauf

Der Konditormeister Hermann Arthur Martin aus Dresden-Alstadt hatte wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung einen auf 60 M. lautenden Strafbefehl erhalten. Nach der erhobenen Beschuldigung war in der von Martin betriebenen Konditorei an zwei Sonntagen im November sowie am Vorktag 1927 in den Nachmittagsstunden noch Gebäck über die Straße verkauft worden, obwohl dies an Sonn- und Festtagen nur bis mittags 1 Uhr gestattet war. Der Betroffene erhob gegen den Strafbefehl Einspruch und stand nun am Dienstag vor dem hiesigen Amtsgericht.

Wie aus der vom Angeklagten gegebenen Darstellung hervorging, war er wegen des gleichen Vergehens schon bestraft. Als Konditor machte er aber, wie er sagte, die ständige Beobachtung, daß sich die Kundenschaft absolut nicht daran gewöhnen wollte, beim Kauf von Gebäck die vorgeschriebene Zeit einzuhalten. Die Käufer bekamen etwa an Sonntagsnachmittagen unversorgten Besuch, den sie zu bewerkstelligen gedachten, oder sie wollten frischen Kuchen für Familienbesuche haben. Martin fand nun einen Ausweg, durch dessen Benutzung noch seiner Meinung nach das Gesetz verletzt, jedoch die Käufer verjagt werden sollten. Er ließ fertige Gebäck in ein Stück Papier wickeln, um damit den ungesetzlichen Zeit eingewickelt, den er dann mit nach Hause nimmt. Diesen Verkaufsweg wählte Martin auf seinen Fall an. An aber das Einwickeln nicht durch das Verkaufspersonal vornehmen zu lassen, wurden Einkaufspapiere für die „Gäbke“ auf Tischen bereitgelegt. Die Käufer wählten dann auch Gebrauch von der Vorrichtung, und es dauerte

mit dem Paar begonnen. Bereits am 1. Oktober 1927, also sechs Monate später, konnte die erste Beamtenwohnung bezogen werden. Das ist bei einem Bauobjekt von fast 11 Millionen Mark eine sehr kurze Zeit. Das neue Gebäude hat man von der Straßenseite Geroltsstraße weit zurückgezogen mit Rücksicht auf noch anzulegende Grünanlagen, ähnlich denen am Rumpfgewerbehauseum.

Der Einbau der technischen Einrichtungen kann etwa im April erfolgen, so daß mit der Inbetriebnahme des neuen Fernsprechunteramtes für Herbst gezeichnet werden kann. Die Fernsprechteilnehmer in Johannstadt werden alsdann neue Fernsprechnummern erhalten. Das geplante Amt ist bis auf 20 000 Teilnehmeranträge ausbaufähig, so daß der Bedarf an weiteren Fernsprechunterämtern auf lange Zeit gedeckt sein dürfte. Von den 20 000 Anschlüssen, die sich auf zwei Wählerkategorien verteilen, wird vorläufig nur die Hälfte ausgeführt. Man rechnet damit, daß der zweite Wählerkategorie erst etwa im Jahre 1936 seiner Bestimmung übergeben werden dürfte. Vorerst hat man in diesem zweiten Wählerkategorie leicht entfernbare Trennwände eingesetzt, um mit Rücksicht auf die Wohnungsnot mehrere Wohnungen zu schaffen.

Der als zweite Gruppe an der Straßenseite Geroltsstraße noch zu errichtende Teilbau soll das neue Postamt 16 aufnehmen. Hier werden absehbare die bisherigen Postämter Nr. 16, Stephanienstraße, und Nr. 18, Plothenhauerstraße, in einem Zentralgebäude vereinigt. Dafür wird es auch allerhöchste Zeit, denn das jetzige Postamt 16 an der Stephanienstraße kann die Bedürfnisse der immer größer werdenden Industrie in der Johannstadt beim besten Willen nicht mehr befriedigen. Es wäre im Interesse der gesamten Einwohnerschaft der Johannstadt erforderlich, daß der Neubau des Postamtes 16 noch in diesem Jahre begonnen wird, denn sonst werden die postlichen Verhältnisse in diesem Stadtteil tatsächlich unerträglich. Sämtlich haben die maßgebenden Berliner Stellen ein Einsehen und Bewilligen so schnell wie möglich die Bausumme, damit der Bau des neuen Postamtes 16 sofort in Angriff genommen werden kann.

Einem der fraglichen Tage verließen nach der Beobachtung eines

Wahrscheinlichkeitsrechnung zwölf Personen mit Wägen das Geschäft. Martin meinte vor Gericht, die Wägen seien auf Pappdeckeln zum sofortigen Gebrauch verpackt worden, und es bestehe keine Gefahr, die den Gästen das Mitnehmen unbeschadet möglicher Gebilde unterjage. Wie sich herausstellte, hatte eine Käuferin für diesen sofortigen Gebrauch sieben Stücke Kuchen erhalten. Aus diesem Umstand und aus anderen Tatsachen zog man den naheliegenden Schluss, daß eine Umgehung des Gesetzes durch Martin vorgelegen hatte. Er wurde daher verurteilt, doch sollte das Gericht die ursprüngliche Strafe auf eine solche von 30 Mark herab.

Kritik an der Straßenbahn. Aus unserem Feiertags wird und geschrieben: Will der Winterpöbel Sonntag morgen den Altonaer Straße mit der Linie 8 um 4 Uhr 45 Minuten zum Hauptbahnhof fahren, so muß er sich darauf gefaßt machen, daß er sein Ziel nicht erreicht, weil es die Straßenbahndirektion nicht für nötig hält, einen Anhänger mitzuführen zu lassen. Schon ab Bergmannstraße müssen infolgedessen die Sportler, die an den verschiedenen Haltestellen auf den Wagen warten, zurückbleiben, da der Wagen überfüllt ist. Diesen Lebensstand kann man aber nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer beobachten, wo viele Ausflügler um diese Zeit schon zum Hauptbahnhof wollen. Vergangenen Sonntag konnte der Wagen schon ab Bergmannstraße neue Fahrgäste nicht mehr aufnehmen. An allen Stationen, Rosenstraße, Fürstenplatz, Stephanienplatz und Plothenstraße, standen Passagiere, die sich zum Teil noch auf den Wagen drängten, dem am Stübchen überfüllter Waggons auch noch ein Kontrollleur beistand. Der schwere Lebensstand, der schon jahrelang besteht, könnte, da der Sportverkehr immer stärker wird, gewiß dadurch leicht beseitigt werden, daß zu dieser Zeit ein Anhänger mitgeführt wird.

Frei Bonk unter Anklage. Das Dresdner Gemeinliche Schöffengericht hatte sich am Dienstag mit einer größeren Strafsache zu befassen, in der sich die Anklage gegen den Kaufmann und ehemaligen deutschsozialen Stadtverordneten Frei Bonk richtete. Der frühere Bonk wurde bereits einmal wegen Betruges verurteilt. Der Strafschöffengericht wies drei Punkte auf und legte Bonk zur Last, sich in einer Reihe von Fällen der Urkundenfälschung, teils in Tateinheit mit Betrug sowie eines weiteren Betruges schuldig gemacht zu haben. Es handelte sich um Vorgänge aus der Zeit, in der Bonk vor etwa drei Jahren seinem Landesverband der Interessierten für Anwohner von Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen als Organisationsleiter vorstand. Er selbst war damals als Kaufmann schon in Zahlungsschwierigkeiten geraten, und auch in der Sache der Deutschsozialen Partei, mit deren Hilfe Wahlpropaganda für den genannten Verband betrieben werden sollte, herrschte Obbe. Bonk sollte nun unter Vermeidung des Verbandsstempels und ungesetzlicher, mißbrauchender Unterschriften Wechsel in Anlauf gesetzt haben, um mit ihnen die Kosten der Wahlpropaganda zu bestreiten. Er war weiter beschuldigt, sich auf unzulässiger Weise Vermögensverhältnisse des Herrn Küster-Schulze verschafft zu haben, und endlich warf man ihm noch vor, daß er durch Verpfändung eines Brillantrings erlangt hätte. Das Gericht stellte schließlich hinsichtlich des ersten Teiles der Anklage das Verfahren ein, im übrigen erfolgte Freispruch. Soweit die Einstellung in Frage kam, galten die betriebsweisen Delikte als durch das frühere Urteil miterfaßt.

Krankensicherung arbeitloser Bergarbeiter. Arbeitslose, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit auf Grund des Reichsknappschaftsgesetzes gegen Krankheit versichert waren, sind Mitglieder der für den Fall der Arbeitslosigkeit zuständigen Reichsknappschaft. Diese Versicherung wird von einigen Krankenkassen dahingegen abgelehnt, daß Bergarbeiter, die nach Eintritt der Arbeitslosigkeit in der Knappschaft versichert werden, auch dann bei der zuständigen Bergarbeiter keine Knappschaftliche Tätigkeit sind. Diese Auffassung ist nach einem an die Reichsknappschaft gerichteten Schreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitvermittlung u. a. mißbilligbar. Die Knappschaftsarbeit steht einer freien gewählten Arbeit auch bezüglich der Kostengemeinschaft gleich. Ihre Aufnahme beendet mithin den Zustand der Arbeitslosigkeit und begründet für die Knappschaftsarbeit die Zuständigkeit der Knappschaft, die für die betreffende Arbeitnehmertätigkeit zuständig wäre, wenn es sich um eine Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt handeln würde.

Die Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ im Kunstmuseumgebäude an der Rennstraße

# Laxin Das ideale Abführ-Konfekt







# Der sächsisch-thüringische Gebietsaustausch

## Das Erzvorkommen im Erzgebirge — Eintreten der SPD. für die Bau- und Saisonarbeiter

### Sächsischer Landtag

60. Sitzung, Dienstag, 24. Januar 1928

Das Haus beschäftigte sich zunächst, nachdem einem Antrage der SPD, die Aussperrung der Eisenarbeiter in Aue und Gröblich und in Döhlen nach heute zu behandeln, infolge Widerspruch der Rechte, nicht entsprochen werden konnte, mit einer kommunikativen Anfrage wegen

### Ausbeutung des Erzvorkommens im Erzgebirge

durch ausländische Firmen. Die Regierung wird um Auskunft ersucht, insbesondere darüber, was sie zu tun gedenkt, um die heimischen Erzvorkommen in eigener Regie auszunutzen und sie den eigenen Betrieben zuzuführen.

Darauf wurde eine Regierungserklärung verlesen. Darin heißt es: Seit einigen Jahren läßt die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben in Breslau in einem ihr und die mit dem Giesche-Konzern in Verbindung stehende Neue Sächsische Erzbergbau-Gesellschaft in Aue in mehreren ihr verliehenen Grubenfeldern im Tannenbergsche Staatsforstrevier Staatsforstrevier Untersuchungsarbeiten auf Zinn in geringem Umfang ausführen. Ein Teil dieser Arbeiten ist inzwischen wieder eingestellt worden. In der Gegend von Marienberg beschäftigt eine Giesche-Gesellschaft Sagonia-Sabaria in dem von ihr gemieteten und ihr verliehenen Grubenfeld „Zinnerne Masche“ den Bergbau betriebsmäßig auf Zinn auszuführen. Ob an der Giesche-Gesellschaft Kapital beteiligt ist und in welchem Umfang, ist der Regierung nicht bekannt. Auch hier muß erst die Zukunft zeigen, ob dort ein größerer Bergbaubetrieb entsteht.

Über die in der Anfrage erwähnten Untersuchungsarbeiten in der Gegend zwischen Rittergrün und Johannsgrün (s. Nr. 1) ist zu sagen, daß die in Frage kommenden Schurfelder zwischen Böble und Rausch im Nordwesten und Oberelsthal im Südwesten liegen. Es handelt sich hier vorerst nur um Schurfelder, nicht aber um Gewinnungsarbeiten. Grubenfeldverleihungen im Bereiche dieser Schurfelder sind bisher nicht erfolgt. Vom Standpunkte der Volkswirtschaft aus ist selbstverständlich eine planmäßige Erforschung des erwähnten Gebietes mit modernen Untersuchungsmethoden nur zu begrüßen, weil dadurch die Kenntnis der vorhandenen Erzvorkommen erweitert wird. Da etwa der Staat selbst in allen Teilen des Erzgebirges die Untersuchung durchführen und gegebenenfalls den Bergbau aufnehmen könnte, ist ausgeschlossen, weil dazu Mittel gehören würden, über die der Staat nicht verfügt, und die er sich nicht verschaffen kann. Deshalb wird die Regierung einem kapitalträchtigen Privatunternehmen, das ernstlich geneigt ist, einen Bergbaubetrieb von solchem Ausmaß zu eröffnen, daß er wirtschaftliche Erfolge verspricht, keine Hindernisse bereiten.

Es folgte die erste Beratung über den Gesetzentwurf betr.

### Gebietsaustausch mit Thüringen

Ministerpräsident Heide führte dazu aus, daß die für den Austausch nach Thüringen in Betracht gezogenen sächsischen Gebiete insgesamt umfassen ein Gebiet von 1778 Hektar 163 A. Fläche mit einer Wohnbevölkerung von 2600 Personen, die dem Kreisamt Sachsen zuzurechnen thüringischen Gebietsteile ein Gebiet von 1116 Hektar 1 A. Fläche mit einer Wohnbevölkerung von 4519 Personen. Die Frage, ob etwa der wirtschaftliche Wert der sächsischen Austauschgebiete höher zu erachten ist als der thüringischen, läßt sich nicht mit ausreichender Sicherheit beurteilen. Abgesehen von den Erträgen aus Holz und Ackerbau, die in der Hauptsache Industrie- und Arbeiterwohngebiete darstellen, handelt es sich um Gebiete, die sich durch landwirtschaftlichen Charakter, teilweise um Gebiete von rein landwirtschaftlichem Charakter. Im Tag des Inkrafttretens der Gebietsänderung ist der 1. April 1928 vorgesehen.

In der Aussprache behauptete der Deutschnationale Dr. Heide, daß bei den Bewohnern der fraglichen Austauschgebiete noch Bewegung herrsche. Die betreffenden Gemeinden seien überhaupt nicht gebürt worden. Von einer Vereinfachung der Verwaltung könne keine Rede sein. Die Vorteile lägen lediglich auf Seiten Thüringens.

In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der Volksparteiler Seigt.

### Genosse Kaufsch:

Die Angelegenheit beschäftigt bereits vor Jahresfrist das Haus. Demals hat der Ministerialdirektor Dr. Schulz erklärt, daß die Verhandlungen nicht in der Danzeflamme, sondern vor aller Öffentlichkeit stattfinden sollen. Es war das wieder einmal eines der vielen Versprechungen dieser Regierung, die nicht gehalten wurden, denn niemand ist unterrichtet worden, weder in Sachsen noch in Thüringen. Erst in dem Augenblicke, als der Vertrag sich und fertig vorlag, sind die Gemeindevorstände unterrichtet worden, und die Verhandlungsgegenstände hat man bis zur äußersten Grenze im Dunkeln tapfen lassen, damit gar nichts an der Sache geändert werden sollte. — Der Staatsvertrag, der uns vorliegt, ist alles andere, nur kein Selbststück, er bringt nicht die notwendigen Vereinfachungen, sondern in einer Reihe von Fällen eine Erhäufung der Grenzverhältnisse. Einzelne Gemeinden werden vollständig zerschlagen. Im Falle Leipzig erhält auch die Amtshauptmannschaft Bescherde, weil ein dort neu erworbenes Forstungsgebiet auf Thüringen fallen soll. Der Erfolg dieser Politik hinter verschlossenen Türen ist einzig der, daß gewisse Leute draußens „Belohnung“ haben, mit Hilfe dieses Staatsvertrages die Bevölkerung in große Unruhe zu bringen. Kaufsch bespricht die unangenehme Besetzung von Leipzig, bislang eine sächsische Gemeinde, die zu einem großen Teile an Thüringen übergehen soll, ergeben, und fügt hinzu, daß bei dieser Reorganisation der Grenzen im Westen Sachsen das Problem Braucunz vollständig übersehen wurde.

Sehr unklar und verwickelungsbedürftig erscheint uns der 8. des Staatsvertrages, der die zukünftige Staatsangehörigkeit der neuen Staatsbürger regeln soll. Wir wünschen weiter und werden im Ausschuss nähere Anträge dazu stellen, daß der Art. 24 des Staatsvertrages, der bis zu einem gewissen Grade den Regierungsvollmacht zur Abänderung oder Auslegung des Staatsvertrages gibt, in weitestgehendem Maße angewendet wird, um die Wünsche der einzelnen Gemeinden zu berücksichtigen und um alle die Härten auszugleichen, die sich im Laufe der Ueberleitung der verschiedenen Gemeinden ergeben werden.

Uns sind Eingaben von verschiedenen Gemeinden zugegangen, die der Gemeinde Liebschwitz an der Elster, gibt an, daß ein Windersteinvorkommen an Steuerzweckungen pro Jahr 15 816 M. einbringen werde, also bei einer Gemeinde von 1811 Einwohnern ein ganz gewaltiger Betrag, der den Versuch rechtfertigt, innerhalb des Landes für einen Finanzausgleich zu diesen Gemeinden kommunikativen Steuerzuschuß. In Thüringen ist eben unter Führung der äußersten Rechten und des Landbundes eine Politik gemacht worden, die die Besitzenden noch weit mehr als in Sachsen vor dem großen Steuerloste freisetzt hat. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verstehen, wenn gerade die Verantwortlichen für die thüringischen Steuerverhältnisse, die Herren vom Landtag, Sturm im Lande aufzuheben und die Besitzenden freisetzen, daß der sächsische Staatsvertrag nicht angenommen wird, weil unter Umständen die thüringischen Steuerverhältnisse etwas ungünstiger seien als die sächsischen. Jedenfalls zeigen schon diese Verhandlungen über den

### Gebietsaustausch die ungeheuren Schwierigkeiten, die einem Auf-

gehen beider Länder in einem Staat entgegenstehen. Die ganze Bewegung, die hier hauptsächlich vom Landbund ins Land getragen wird, ist eine rein egoistische Bewegung zur Erreichung ihres Selbstzwecks in diesem Gebiete. Wir Sozialdemokraten erstreben zwar den Zusammenschluß, vertreten aber keinesfalls die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen. Deshalb steht vielmehr erst einmal der Versuch gemacht werden muß, die mit der rechtlichen und auch die finanzielle Grundfrage für ein Zusammenlaufen dieser beiden Länder geschaffen werden kann. Wir Sozialdemokraten legen den größten Wert darauf, daß diese Deutschnationalen rechtlich rechtlich werden, und werden, wenn uns von der Regierung erscheinende Auskunft im Ausschuss gegeben werden kann, wahrscheinlich für den Staatsvertrag stimmen.

Der Kommunist Meiner bemerkte, der sächsisch-thüringische Grenzausgleich beweise, daß die Bourgeoisie zu einer Verwaltungsreform in großem Maßstabe überhaupt nicht imstande ist, während aufsehen. Bei einem Einheitsstaate, den die Demokraten trotz der Landesregierung noch erstreben, würden Entlasten und Erhalten der Landesregierung sein. Für die Wirtschaftsprüfung sprach Herr Meiner, der eine eingehende Prüfung der Frage für nötig hielt, ob wirklich eine Vereinfachung eintritt.

Diese Kritik von allen Seiten bewirkt Herrn Heide zu einer längeren Verteidigung seiner Verträge, indem er erbat, es bei dem „Erledigbaren“ bescheiden zu lassen.

Der Vorlage ging darauf an den Rechtsausschuss.

### Die Schlechtbezahnten Hebammen

Ein Besuch des Bundes sächsischer Hebammenvereine um Erhöhung der Ruhestandsunterstützung sowie des Einkommens der berufstätigen Hebammen ist von der Regierungsausschuss der Regierung zur Erörterung übergeben worden, soweit es durch die Verordnung der Regierung nicht erledigt ist. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion kam die Angelegenheit aber nun doch noch im Plenum zur Sprache.

### Genossin Schilling

brachte zum Ausdruck, daß die SPD. mit der vom Ausschuss postulierten Regelung nicht einverstanden sein könne, vielmehr seien die Forderungen der Hebammen berechtigt und durchaus an der Forderungen gingen dahin, die Ruhestandsunterstützung, die bisher im Betrage 600 M. betragen habe und nunmehr von der Regierung auf 750 M. erhöht werden sei, zu verdoppeln und die Einkommensbezüge (Windersteinvorkommen) jetzt 1200 M. um 50 Prozent zu erhöhen. In letzterem Punkte ist überhaupt nichts geschehen entgegenüber zu denken, daß bei der neuen Verordnungsordnung die Durchführung des Reichsversicherungsrechts in Sachsen 27 Millionen Mark erforderlich würde, ohne daß die Regierung finanzielle Bedenken geäußert hätte. Wir beantragen deshalb, das Verlangen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Ein Vertreter des Innenministeriums hat, vor Annahme des Antrages Schilling die Sache an den Ausschuss zurückzugeben, weil erst mit dem Finanzministerium Hülfe genommen werden müsse. Demgemäß wurde beschlossen.

### Die Bildungsveranstaltungen der Arbeiterschaft

Ein von längerer Zeit eingehender Antrag Frau Gen. (Zog.) forderte, die Arbeiterbildungsvereine für gemeinnützig zu erklären und damit für vergünstigungsteuer.

## Gewerkschaften

### Der Ruhr-Tarif gelündigt

Bachum, 24. Januar. (Eig. Bericht.) Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände haben am Dienstag in einer gemeinschaftlichen Sitzung einstimmig beschlossen, das Arbeiterabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen.

Die kommunistische Presse, die auf der Konferenz der Ruhr-Bergarbeiter am letzten Sonntag eine ebenso verdiente wie seltene scharfe und einmütige Abfuhr erfahren hat, erzählt leichtgläubigen Gemütern, daß im Gegensatz zu einer angeblich früher vorhandenen entgegengelegten Meinung der Bergarbeiterführung zugleich mit der Kündigung des Lohnvertrages auch die Kündigung des Arbeiterabkommens beschlossen sei. Sie stützt sich dabei auf einige bürgerliche Blätter, die ebenso schlecht informiert sind wie die kommunistische Presse.

Auf Grund zuverlässiger Informationen muß festgestellt werden, daß es nicht einen Organisationsführer gibt, der sich mit dem Arbeiterabkommen abgefunden hätte. Es gab nur einige Meinungsvorstellungen inoffizieller Natur. Die wenig von irgendwelchem Gegenstand zwischen Wasse und Führung gesprochen werden kann, ergibt sich aus dessen Mund, daß eine Festlegung auf die Kündigung des Arbeiterabkommens durch die Führung selbst beantragt worden ist. Dazu bedurfte es bestimmt nicht des „Druckes“ der 34 Kommunisten — ein bestimmendes Geschloß in der Klasse der Delegierten, die seit hinter der Verhandlung stehen.

Esien, 25. Januar. (Eig. Draht.) Am Dienstag wurde endlich eine Vereinbarung über die festen Zulagen für die Affordarbeiter in der Metallindustrie Nordwest erzielt. Demnach wird die Zulage rückwirkend vom 1. Januar 1928 an von 19 Pfennig auf 21 Pfennig erhöht. Regelmäßig des Lohnausgleiches verließen die Verhandlungen ergebnislos. Diese Frage soll am Freitag nochmals behandelt werden.

### Abschluß der kommunistischen Presse

Die am Sonntag abgehaltene Konferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes nahm u. a. noch folgende Entschloßung an:

„Die jetzt eingeleitete Bewegung erfordert die vollständige Einheit und Geschlossenheit der Bergarbeiterchaft, denn nur durch sie die Gewähr geleistet, daß dieselbe auch erfolgreich durchgeführt werden kann. Diese Einheit wird aber geradezu in freibewer und unterverantwortlicher Weise zerstückelt durch die Schmachtwort der kommunistischen Presse und das Eingreifen der kommunistischen Partei in die Bewegung. Mit täglich werden in den kommunistischen Organen die Verhandlungen und die Funktionäre des Verbandes in der geschäftigsten Weise beschimpft und herabgelacht. Die Konferenz verurteilt die Schmachtwort der kommunistischen Presse auf das allerheftigste und erklärt in dieser Form die Schädigung der Arbeiterschaft und den offenen Betrug an den Arbeitern. Die Konferenz erklärt

frei. In der gleichen Richtung bewegte sich ein kommunistischer Antrag. Beide Anträge sind, wie

### Genosse Edel

als Beiratsmitglied des Rechtsausschusses ausführte, von der Ausschloßung nicht angenommen worden, weil man sich der Notwendigkeit nicht verschließen konnte, den Kulturverbänden der Arbeiterschaft entgegenzukommen, und den Standpunkt vertrat, daß die Rat der Gemeinden kein Grund sein könne, die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft im Interesse des Steuerfiskus auszuwerten.

Dieser lagen noch zwei Abänderungsanträge vor. Die Wirtschaftspartei beantragte, auch die Gemeinnützigkeit der dem Sächsischen Sängerbund und dem Deutschen Sängerbund angeschlossenen Vereine anzuerkennen, und ein Antrag Siegers (Draht. Sp.) wollte die gleiche Anerkennung für die gesanglichen Veranstaltungen sonstiger Chorgesangsvereine.

### Kritik an der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung

Im Schluß kommt noch eine Anfrage Frau Gen. und Genossen (Zog.) zur Verhandlung, in der darauf hingewiesen wird, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Anzahl Formulare herausgegeben hat, die an Umfang und unklarer Fragestellung alles bisher Dagewesene übertreffen. So genügen 3. u. zur Beantwortung eines Fragebogens früher 3 bis 5 Minuten, jetzt sind, wie

### Genosse Siegnoth

begleitend ausführt, dazu 20 Minuten erforderlich. Die gestellten Fragen kann der Arbeitslose oft gar nicht allein beantworten, so daß sie in der Hauptsache von den Angestellten der Arbeitsämter ausgefüllt werden müssen. Die Folge ist eine starke Verleinerung und Verminderung des Personals der Arbeitsämter, und damit eine ganz unnötige Geldverschwendung. Die Intervention nimmt auch gegen die famose Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 3. Dezember 1927 Stellung, die für die Bau- und Saisonarbeiter bei eintretender Arbeitslosigkeit Wartegeldern von 1 bis 8 Wochen vorsieht. Diese Verordnung ist, wie Siegnoth nachweist, nicht bloß juristisch unhaltbar, sondern verletzt auch den Verfassungsgedanken. Die Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um die unhaltbar werdenden Zustände auf den Arbeitsämtern abzuwenden und Tausende von Bau- und Saisonarbeitern sowie die Gemeinden vor schmerzlichen Schäden zu schützen.

Eine Regierungserklärung besagte, die Reichsanstalt sei ein Selbstverwaltungsbereich. Damit seien in erster Linie die Organe desselben verpflichtet, Klagen zur Sprache zu bringen und auf Abhilfe zu bringen. Dem unmittelbaren Einfluß der Regierung sei der Tätigkeitsbereich der Reichsanstalt im wesentlichen entzogen. Den Häften, die durch die Verordnung vom 2. Dezember 1927 entstanden sind, habe das Bundesamt für Arbeitsvermittlung durch Anweisungsbefugnisse im wesentlichen vollständig abgeholfen. Trotzdem wird die sächsische Regierung ihrer eigenen Bedenken gegen die Verordnung vom 2. Dezember 1927 zur Kenntnis des Reichsarbeitsministers bringen.

Der Kommunist Dörs benutzte eine längere Rede zu ähnlichen unmotivierten Angriffen auf die „reformistischen“ Gewerkschaftsführer.

Genosse Siegnoth betonte gegenüber der Regierungserklärung, daß die Reichsanstalt noch gar nicht fertig sei und deshalb auch von einer Selbstverwaltung keine Rede sein könne. Deshalb müsse von der sächsischen Regierung verlangt werden, daß sie ihren Einfluß in Berlin geltend mache. Ansehen habe sie aber dazu wenig Lust, wie die fortgesetzten Berichte über den Abbruch des Arbeitsministeriums erkennen ließen. Siegnoth beantragte dann die Unwohlheiten des Vorredners über die Gewerkschaften an und hielt den Kommunisten das Arbeitslosengesetz in Rußland vor, das Hunderttausende von Arbeitern ohne jegliche Unterstützung läßt.

Nachdem sich dann noch der Kommunist Schreiber in einer längeren und fruchtlosen Polemik gegen die SPD. erschöpft hatte, wor die Debatte zu Ende und damit auch die Tagesordnung erledigt.

Die Abstimmung über sämtliche Tagesordnungspunkte wird erst in der nächsten Sitzung stattfinden, da wegen der „Grünen Woche“ in Dresden ein Teil der Deutschnationalen heute fehlt. Nächste Sitzung: Donnerstag, 26. Januar.

sich mit allen Maßnahmen einverstanden, die die Verhandlungsergreift, um jede parteipolitische Einmischung zurückzuweisen. Sie fordert ausdrücklich den Vorstand aus, mit den schärfsten sühnungsgemäßen Mitteln vorzugehen gegen Mitglieder und Funktionäre, die gegen die Richtlinien des Verbandes während der im Gange befindlichen Bewegung verstoßen.“

Es ist überall daselbe Spiel, das die Kommunisten bei Ausbruch von Arbeitskämpfen treiben. Natürlich erfolgen die Angriffe und die Herabwürdigungen der Gewerkschaftsführer durchaus planmäßig und bewußt. Um so mehr ist die abweisende Stellung der Gewerkschaftskollegen zu begrüßen, die sich jetzt allenthalben energisch gegen dieses schädigende Treiben der Kommunisten wenden.

### Empfindliche Niederlage der Kommunisten

Esien, 24. Januar. Die letzte Generalversammlung der Holzarbeiter hat ebenfalls bewiesen, daß der kommunistische Einfluß in der sächsischen Gewerkschaftsbewegung immer mehr zurückgedrängt wird. Auch in der Sächsischen Arbeiterbewegung hat das sächsische „Rückwärtsgeren“ auch diesmal eine gründliche Niederlage erleiden würde. Es ist jedoch anders gekommen, denn bei der Verwaltungswahl siegte die Arbeiterbewegung. Damit sind, soweit es sich um die größeren Gewerkschaften handelt, die Kommunisten jetzt auch in Esien von jeder Führung ausgeschlossen. Der Erfolg der Holzarbeiter ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Esien seit acht Jahren in Händen hatten.

Schwerbenangelegte. Die Berliner Schlichtungsverhandlungen zur Regelung des Gehaltssteuers der Wächterangelegenheiten führten am Dienstag noch zu keiner Entscheidung. Die Verhandlungen wurden Dienstag am Freitag umschoben zu den vom Schlichter gemachten Vorschlägen unter sich Stellung nehmen sollen. Am Donnerstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Für Briefen und Johannshubi West der heutigen Nummer ein Preis für den Kaufhaus Ehmke, Blasewitzer Straße 18 - 20, bei.

Wenn man Dir sagt  
**Jawohl!**  
Denk' gleich an  
**Lükerol!**

Beast Husten und Heiserkeit vor; legst du die Entwicklung  
schädlicher Keime; beugt wirklicher Erkrankung des Halses  
und der Atmungsorgane vor; ist von prominenten Persön-  
lichkeiten empfohlen.

Preis M. 0.60 und M. 1.—  
Boschken & Schulte G. m. b. H., Berlin N 39 748



# Wieder die Bierfamilien

Der Leipziger Volkszeitung entnehmen wir folgendes:

Die Bierfamilien der höheren Verwaltungsbeamten, Juristen, Richter, Staatsanwälte usw. sind jene Verbindungen der Akademiker, die in „standesgemäßen“ studentischen Korps Kameradschaften faulen gelernt und sich später in „alten Kameradenverbindungen“ in Logen oder in Klubs zusammengeschlossen haben zu einer Versicherung auf Gegenseitigkeit. Diese Verbindungen sind die Besten des bürgerlichen Lebens in der höheren Bureaufraße. Die Mitglieder dieser Bierfamilien fühlen sich als wesentlichen Teil der sogenannten besseren Gesellschaft; Hochachtung und Standesbündel sind ihre vornehmsten Eigenschaften, vollwertiger Mensch ist ihnen nur, wer für sie gesellschaftsfähig ist. Was sie unter Gesellschaftsfähigkeit verstehen, das hat 1922 jene Veröffentlichung aus den Akten des sächsischen Ministeriums des Innern gezeigt, mit der der damalige Innenminister, Genosse Lipinski, an der Hand amtlicher Unterlagen nachwies, nach welchen Grundrissen die höheren Staatsbeamten in Sachsen für ihre Stellen ausgesucht wurden.

Allenmäßig wurde damals der Öffentlichkeit gezeigt, daß nicht die fachliche Eignung, sondern die gesellschaftliche Stellung, Abstammung, Familie, Verwandtschaft, gesellschaftliche Umgangsformen und vor allem

### die Repräsentationsfähigkeit der Ehefrau

ausschlaggebend für die Befekung eines höheren Staatsamtes waren. Tatsächlich wurden aus den Akten Fälle bekannt, wo höhere Verwaltungsbeamte befördert wurden, deren fachliche und juristische Vorkenntnisse aus den ausschlaggebenden Stellen im Ministerium bekannt war, deren Frauen aber von den Herren im Ministerium als geeignet angesehen wurden zur Repräsentation als Frau Amtshauptmann.

Solange in Sachsen Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt waren oder die Regierung allein in der Hand hatten, wagten jene Bierfamilien natürlich nicht mehr, ihre Sippschaft so offen zu unterstützen, zumal ihnen die Veröffentlichung aus den Akten immerhin einen Dämpfer aufgesetzt hatte, aber unter der Decke pflegten sie natürlich ihre Verbindungen, und wo sie nur konnten, halfen sie ihren Bierbrüdern nach allen Regeln der Kunst. Man brauchte sich nur unter der höheren Beamtenschaft der sächsischen Staatsverwaltung umzusehen, um zu erkennen, daß in den wichtigsten und natürlich bestbesetzten Posten die Mitglieder bestimmter studentischer Korps und Alters-Kameradenverbindungen sitzen. Je mehr die Reaktion erstarbte, um so fester fühlten sich die Drahtzieher dieser Bierfamilien wieder, und mehr und mehr haben sie ihre alte Gewohnheit von früher wieder aufgenommen.

So hat vor einiger Zeit ein Amtsgerichtsdirektor nach seinem Amtsantritt „seine Richter“ zu einer Dienstbesprechung zusammengerufen. Der Direktor trat stumm auf, als ob es sich um eine Dienstbesprechung für Offiziere handele (der Mann ist Major der Landwehr a. D., legt Wert auf seine militärische Charge und fällt demgemäß harte Urteile gegen links). In der militärisch angeordneten Dienstbesprechung der republikanischen Richter sagte der Direktor:

„Ich muß es wünschen und den Herren anempfehlen, die gesellschaftlichen Veranstaltungen des Herrn Amtsgerichtspräsidenten mit ihren Damen recht eifrig zu besuchen. Bei der Auswahl von Gerichtswahlmännern, so besonders für Gerichte an Orten von Amtshauptmannschaften, muß auf die Repräsentationsfähigkeit der Ehefrau geachtet werden.“

Es liegt darum im eigenen Interesse der Herren, wenn sie regelmäßig dorthin gehen, da die Vorgesetzten Wert darauf legen müssen, auf diese Weise die Ehefrauen der Herren kennenzulernen.“

Dieser Direktor jagte also den Richtern ungeschämt ins Gesicht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn ihr Vorgesetzter ihre Ehefrauen kennenlernt. Der Vorgesetzte dieses Amtsgerichtsdirektors ist ein Amtsgerichtspräsident, der selbstverständlich mindestens ebenso reaktionär ist wie der Direktor. Dieser reaktionäre Präsident war bei der militärisch angeordneten Dienstbesprechung zugegen, er nickte zu der Ansprache des Direktors beifällig mit dem Kopfe und hielt dann selbst eine Ansprache, in der er versicherte, er könne das, was der Herr Direktor gesagt habe, nur unterstützen.

Wie weit nun der Direktor bei der Dienstbesprechung seiner eigenen Heberzeugung Ausdruck gab und wie weit seine Ansprache ein Bild widerwärtiger Liebedienerei gegenüber dem reaktionären Amtsgerichtspräsidenten war, läßt sich wohl schwerlich feststellen.

Von einem anderen Präsidenten ist bekannt, daß er bei der Nachwahl, die ein Affizier eine Frau geheiratet hat, die vor ihrer Verheiratung ihr Brot als Maschinenschreiberin verdiente, aufhört:

„Dagegen kann man ja nichts machen, aber der Mann ist erbsüchtig.“

Ein Ministerialdirektor in dem Justizministerium

hat geäußert, es sei schlimm, daß die Richter so wenig gesellschaftliche Veranstaltungen besuchen, dazu müßten sie das Geld haben. Einer der höchsten Beamten legte also den Richtern nahe, zu den gesellschaftlichen Veranstaltungen zu gehen — weil sie dort im Sinne der Reaktion bearbeitet werden können. Ob er auch schon darüber berichtet worden, daß die als Republikaner bekannten höheren Beamten von den reaktionären Vorgesetzten gesellschaftlich geschnitten werden.

Es genügt also nicht, daß ein Richter im Amt seine Pflichten erfüllt. Er wird von gewissen Vorgesetzten nur als voll genommen und findet nur dann Gnade vor ihren Augen, wenn er auch seine sogenannten gesellschaftlichen Verpflichtungen erfüllt und seine Ehefrau ihm dabei die nötigen Hilfsdienste leistet. Warum man darauf Wert legt, daß die Untergebenen, soweit man sie zur Kasse zählt, auch an gesellschaftlichen Veranstaltungen mit ihren Vorgesetzten und Kollegen gemeinsam teilnehmen, ist leicht einzusehen. Man kann sie auf diese Weise leichter in der Hand behalten und sie vor der Gefahr behüten, daß sie etwas weniger eifrig werden, als das in ihren Kreisen üblich zu sein pflegt. Auch ist es bei gesellschaftlichen Veranstaltungen am besten möglich, die Leute politisch zu beeinflussen, damit sie auch in dieser Beziehung nicht aus der Reihe tanzen.

Ein besonders starkes Ethik aber ist es, wenn ein hoher Gerichtsbeamter daran Anstoß nimmt, daß die Frau eines Assessors Maschinenschreiberin war. Vor fünfzig oder vierzig Jahren wäre etwas Derartiges wohl nicht ungewöhnlich gewesen. Heute müssen viele Frauen und Mädchen, auch aus früher wohlhabenden Familien, die oft mit der besten Bildung ausgerüstet sind, sich ihr Brot als Maschinenschreiberinnen verdienen. Wenn es trotzdem im letzten Jahre der deutschen Republik ein hoher richterlicher Beamter fertigbringt, eine derartige Heiratung zu tun, so muß er ein besonders zurückgebliebenes Exemplar einer altertümlichen Gattung von Menschen sein. Hat der Herr Präsident wirklich das gesagt, was in dem oben abgedruckten Aufsatz der Leipziger Volkszeitung behauptet wird, so muß er über ein außergewöhnliches Maß von Enghirzigkeit verfügen. Man schaudert, wenn man daran denkt, daß Leute von derartigen geistigen Eigenschaften eine hohe richterliche Stelle besetzen und in vielen Fällen über das Wohl und Wehe von Menschen zu entscheiden haben. Dringend notwendig wäre es, daß das Justizministerium einmal untersuchte, ob die Heiratung tatsächlich gefallen ist und wer der in Frage kommende Präsident ist. Die Zahl der Gerichtspräsidenten in Sachsen ist ja nicht übermäßig groß.

Stellt sich dann heraus, daß wirklich einer der sächsischen Gerichtspräsidenten eine derartige Heiratung von sich gegeben hat, so müßte ihm ganz entschieden bedeutet werden, daß ein Mann mit solchen Anschauungen wirklich dümmer ist, als das in einer demokratischen Republik erlaubt sein kann, und daß er besser daran täte, sich außerhalb des Staatsdienstes eine seinem beschränkten Gehirne angemessene Beschäftigung zu suchen.

Es kann ja im übrigen in dieser Republik einem solchen Herrn passieren, daß er einmal einen Minister als Vorgesetzten hat, der mit einer ehemaligen Maschinenschreiberin oder sogar mit einer einfachen Arbeiterin verheiratet ist. Wir würden es nicht verstehen können, daß ein Präsident, dem es so wenig gefällt, daß eine Maschinenschreiberin Frau eines Assessors wird, es überhaupt noch länger in dem Dienste eines Staates aushält, in dem unter Umständen auch eine ehemalige Arbeiterin oder ein ehemaliges Dienstmädchen Ministergattin werden kann.

### Der Fragebogen des Majors

Der Major der Landwehr und Amtsgerichtsdirektor, der so eifrig für die gesellschaftlichen Veranstaltungen seines Präsidenten Propaganda gemacht hat, scheint sehr wenig erbaud darüber zu sein, daß die Gesellschaft etwas von seinem Auftreten erfahren hat. Er hat einen Vogen in Umlauf gesetzt, auf dem die in der fraglichen Dienstbesprechung Anwesenden erklären sollen, ob sie die in Frage stehenden Heiratungen gebilligt haben oder nicht. Wesentlich einer der Beteiligten wahrheitsgemäß, daß er in der Öffentlichkeit wiedergegebenen Worte des Herrn Amtsgerichtsdirektors gehört hat, so ist er bei seinem Vorgesetzten unten durch und kommt in den Verdacht, daß er denjenigen ist, der die Dinge in die Öffentlichkeit gebracht hat. Bestreiten aber die befragten Herren, um es mit ihrem Vorgesetzten nicht zu verderben, daß sie die in der Presse wiedergegebene Heiratung gebilligt haben, dann wird der Herr Major und Amtsgerichtsdirektor stolz behaupten: Ich habe nie etwas gesagt, die böse Presse hat mich wieder einmal elend verleumdelt.

Die Tatsache, daß der Vogen in Umlauf gesetzt wurde, zeigt übrigens schon genügend, daß der betreffende Herr sich nicht dumm zu nehmen läßt. Sonst wäre er wohl kaum auf den Gedanken gekommen, daß gerade er gemeint sein könnte.

## Sachsen

### Der sächsische Arbeitsmarkt

Das Landesamt veröffentlicht folgenden Bericht: Nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise setzt sich die Abnahme des Angebotes fort. In den Augenberufen, in der Holzindustrie und im Baugewerbe hat sich die Vermittlungstätigkeit wieder sichtbar gesteigert. Zugleich scheint aber auch in der weiterverarbeitenden Metallindustrie und in der Holzindustrie eine gewisse Zurückhaltung aufgetreten zu sein. Denn auch hier hat die Nachfrage nach Arbeitskräften stellenweise wieder eingekehrt. Für den Arbeitsmarkt des Freistaates Sachsen hat die weiterverarbeitende Metallindustrie besondere Bedeutung; sie umfaßt nach der gewerblichen Betriebszählung vom Jahre 1926 rund 380 000 beschäftigte Personen. Sie steht zwar hinter der Textilindustrie mit 430 000 Beschäftigten zurück, hat aber nur rund 14 Proz. weibliche Beschäftigte gegenüber rund 62 Proz. in der Textilindustrie. Berücksichtigt man den Umstand, daß der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen in Sachsen ständig gestiegen ist, so wird klar, daß die Lage der metallverarbeitenden Industrie für den Arbeitsmarkt der männlichen Arbeitstätigen von entscheidender Bedeutung ist. Es ist deshalb bemerkenswert, daß der Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauingenieurwesen von einem nicht ungünstigen Auftragsbestand spricht, der eine Aufrechterhaltung der bisherigen Beschäftigung bis auf weiteres verspricht. Daß die günstige Lage des Textilmaschinenbaues herabgehoben wird, verdient in Sachsen besondere Beachtung.

Die Zahlenberichte der öffentlichen Arbeitsnachweise vom 15. Januar 1928 weisen einen Gesamtbestand von 159 270 Arbeitslosen auf. Gegenüber dem Stande am 15. Dezember 1927 ist also eine Steigerung um 47 186 schätzlichen (10 661 allein im Baugewerbe). Wenn trotzdem von einer Besserung der Lage gesprochen wird, so erklärt sich das daraus, daß in der Zwischenzeit eine starke Erhöhung eingetreten war, die aber bereits wieder im Zurückgehen begriffen ist. Immerhin ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage trotz Zunahme der offenen Stellen (insbesondere der Bauwirtschaft) immer noch wesentlich ungünstiger wie im Dezember. Auch die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung war am 15. Januar 1928 wesentlich höher als am gleichen Tage des Vormonats.

Es wurden gemeldet 132 435 am 15. Januar gegenüber 55 827 im Dezember 1927.

**Bischofswerda. Tödlicher Unfall.** Der Gutbesitzer Emil Bahnmeyer in Bischofswerda stürzte am Sonnabend durch ein Kennenloch auf den Boden der Scheune herab und erlitt schwere innere Verletzungen, an deren Folgen er am Sonntag verstarb.

**Leipzig. Lebensmüde.** In den Anlagen der ehemaligen Heilanstalt Thonberg wurde ein 17 Jahre alter Hornviehhirt, der sich einen Schuß in die Schläfe beigebracht hatte, tot aufgefunden. Die Gründe, die den Jüngling in den Tod getrieben haben, sind nicht bekannt.

**Leipzig. Tödlicher Fahrzeughunfall.** In einer Parkstraße in Leipzig-Leutzsch bediente sich ein 67 Jahre alter Arbeiter, der seinen auf einer Last transportierten, des Aufzugs. Während der Fahrt schied der Wagen ins Rollen gekommen und drückte den Arbeiter an die Wand des Bahnhofsgebäudes. Der Verunglückte trug so schwere Querschnitte und Gliederbrüche davon, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

**Began. Kinderermord.** Im Juli v. J. hatte ein 25 Jahre altes Mädchen aus Carlsdorf ihre Bräutigame ermordet und die Leichen auf dem Bahnhof Knauthain im Frauenabteil in die Grube geworfen. Jetzt wurden die unermessliche Mutter sowie der Bräutigam von der Begauer Polizei festgenommen.

**Oberwiesenthal. Großfeuer in Unterwiesenthal.** Ein Todesopfer. Im Stadtteil Unterwiesenthal wurde das Gebäude Nr. 67, das dem Wirtschaftsbefehl Karl Wehner gehört, in Brand der flammen. Sämtliche Erdgeschossräume und das gesamte Mobiliar sind vernichtet. Der Schaden ist sehr groß. Weiter forderte der Brand auch ein Menschenleben. Der Vater des Feuers, der in das brennende Haus nochmals zurückkehrte, um von seinem Eigentum noch etwas zu retten, konnte den Ausgang nicht weitergewinnen und fand in den Flammen den Tod.

### Amthlicher Sportbericht vom 25. Januar

Bericht der Sächsischen Landeswetterwarte  
Dresden: +2 Grad, bedeckt, schwacher Südwest, 20 cm Schnee, gleichmäßige Schneedecke, St. und Nebel gut.  
Bad Gottleuba: +4 Grad, bedeckt, lebhafter West, kein Sport.  
Bischofswerda: +1 Grad, bedeckt, schwacher Südwest, 20 cm Schnee, Vappelne, St. und Nebel mäßig.  
Kamberg: +2 Grad, Tauwetter, schwacher West, 28 cm Schnee, Vappelne, St. und Nebel mäßig.  
Oberwiesenthal: +2 Grad, Tauwetter, schwacher West, 28 cm Schnee, Vappelne, St. und Nebel mäßig.  
Rappitzsch-Pöhlitz: +2 Grad, wolfig, lebhafter Südwest, 8 cm Schnee, verhaselt, St. und Nebel mäßig.  
Oberwiesenthal: +2 Grad, bedeckt, schwacher Süd, 25 cm Schnee, geföhrt, St. und Nebel gut.  
Herrnhuter Berg: +1 Grad, bedeckt, schwacher Süd, 25 cm Schnee, geföhrt, St. und Nebel gut.  
Kamberg: +1 Grad, heiter, schwacher Süd, 30 cm Schnee, geföhrt, St. und Nebel gut.  
Frauenstein: +1 Grad, Tauwetter, schwacher West, 7 cm Schnee, Vappelne, St. und Nebel mäßig.  
Neuhäusel (Schwarzenberg): wolfig, lebhafter Nordwest, 6 cm Schnee, verhaselt, St. und Nebel mäßig.  
Annaberg: Null, wolfig, steifer West, 20 cm Schnee, stark verhaselt, St. und Nebel gut.  
Oberwiesenthal: +1 Grad, bedeckt, schwacher Südwest, 41 cm Schnee, geföhrt, St. und Nebel sehr gut.  
Rappitzsch: -2 Grad, Nebel, lebhafter Südwest, 68 cm Schnee, geföhrt, St. und Nebel sehr gut.  
Johanngeorgenstadt: +2 Grad, Tauwetter, schwacher West, 18 cm Schnee, gleichmäßige Schneedecke, St. und Nebel mäßig.  
Kamberg: +1 Grad, Tauwetter, schwacher West, 30 cm Schnee, gleichmäßige Schneedecke, St. und Nebel gut.  
Anhaltend Frost nur in Logen über 800 Meter. Weißhohlwitte: fahles Schwanzen der Frostgrenze (etwa zwischen 500 und 800 Meter).

# Ausdehnung der Metallarbeiterausperrung

Magdeburg, 25. Januar. (Sig. Meldung.)

Die Ausperrung der mitteldeutschen Metallarbeiter wird rigoros durchgeführt. Alle Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben in ihren Werken am Dienstag durch Anschlag bekanntgegeben, daß die Werke stillgelegt und die Belegschaften ausgeworfen werden. Bei den kleineren Betrieben, wie in Remberg und Garzgerode, ist die Ausperrung bereits am Montag vollzogen worden. Nach wie vor herrscht bei der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft musterhafte Disziplin. Weder von der Teilnahmepolitik der Kommunisten noch von den brutalen Maßnahmen der Unternehmer lassen sich die mitteldeutschen Metallarbeiter ins Verdäorn jagen.

### Ausperrung in Halle

Halle, 24. Januar. Der Verband der mitteldeutschen Metallindustriellen, Bezirksgruppe Halle, hat die Ausperrung der noch arbeitenden Metallarbeiter für Dienstag abend mit Schlichtschluß beschlossen. Die streikenden Arbeiter gelten vom Tage des Eintritts in den Streik als entlassen. In Halle schon in fast allen Betrieben die Arbeit durch den Streik ruht, wird an der Lage wesentlich nicht geändert.

Berlin, 25. Januar. (Sig. Zusammenh.)

Im Zusammenhang mit der Ausperrung in der mitteldeutschen Metallindustrie auch das Eisenhüttenwerk Thale im Harz stillgelegt. Die Belegschaft besteht aus 4000 Personen.

Magdeburg, 24. Januar. (Sig. Bericht.)

Die Magdeburger Metallarbeiter nahmen am Dienstag abend einstimmig eine Entschlieung an, in der die unzufolge Ein-

mischung der kommunistischen Partei und ihrer Presse in die Führung des Streiks auf das Entschieden zurückgewiesen wird. Die Entschlieung hat folgenden Wortlaut:

Die am 24. Januar in der Stadthalle in Magdeburg versammelten 7000 streikenden Metallarbeiter begrüßen die richtigen Maßnahmen der Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vor und während des Kampfes. Ebenso wie die Funktionäre des Bezirks und der Verwaltung weisen die Streikenden die unzufolge Einmischung der kommunistischen Partei und ihrer Presse in die Führung des Kampfes auf das Entschieden zurück. Mit gleicher Entschiedenheit verurteilen die Metallarbeiter die den Kampfen gegenüber eingenommene feindselige Einstellung und Verhärterung einzelner bürgerlicher Presseorgane.

Besteht durch die von den Arbeitgebern vorgenommenen Ausperrungen geloben die Versammelten in musterwürdiger Disziplin einzutreten und geschlossen mit unerschütterlichem Vertrauen zu ihrer Leitung im Kampfe bis zum siegreichen Ende auszuhalten.

### Brauns' Gründe

Berlin, 24. Januar. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie erinnerlich, den Schlichtspruch in dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik nicht für verbindlich erklärt. Die den Mätern mitgeteilt wird, hat es sich dabei von dem Umstand bestimmen lassen, daß die Klust zwischen der Forderung der Arbeitgeber und der Arbeitsnehmer so groß war, daß eine Fügung ausgeschlossen erschien und weil insgesamt auch etwa 20 000 Arbeiter in den Streik getreten waren. Das Reichsarbeitsministerium beobachtet den Ausgang der Angelegenheit weiter und hofft im geeigneten Augenblick zu einer Verständigung beitragen zu können.

## Auch während der kühlen Jahreszeit

Sollte man den Genuß von „Echt Reifewitzer Weizenbier“ nicht einstellen. Die verringerte Bewegung in der kalten Luft hat eine gewisse Beeinträchtigung des Stoffwechsels zur Folge. Dem wirkt das „Echt Reifewitzer Weizenbier“ entgegen. Es läßt infolge seines hohen Nährwertes, seiner Vollständigkeit und seines geringen Alkoholgehaltes einen sehr wohltuenden Einfluß auf die Körperfunktionen aus. Sein regelmäßiger Genuß ist daher dringend zu empfehlen!

Man achte aber im eigenen Interesse auf den Namen:

„Echt Reifewitzer Weizenbier“



# LEBEN+WISSEN+KUNST

39. Jahrg. — Nr. 21

BEIBLATT DER VOLKSZEITUNG

Mittwoch den 25. Januar

## Das Dachsenfurter Männerquartett

Roman von Leonhard Frant

Als er in sein Zimmer trat, sah der Anarchist da, Thomas hatte das Gefühl, als wäre sein Herz zum Blasen mit Luft gefüllt. Das verlebte Auge schmerzte plötzlich wieder. „Gut, daß Sie gekommen sind! Sonst wäre ich morgen bei Ihnen erschienen.“

„Dennoch begann der Anarchist so, wie er sich vorgenommen hatte, zu beginnen: „Sie wundern sich, daß ich hier bin?“

Thomas legte Waite und Handtuch für den Umschlag zurecht. „Ich wundere mich gar nicht.“

„Sie glauben also, daß ich den Alten umgebracht habe?“

„Einen Moment.“ Er zog den Kopf aus der Flasche, in der die essigsaure Tonerde war. „Ja, das glaube ich.“

„Und warum?“

„Warum Sie ihn umgebracht haben?“

„Nein, warum Sie das glauben!“

„Hab ich Ihnen schon gesagt. Weil außer Ihnen niemand in Frage kommt, wenn außer Herrn Benommen niemand ins Haus gekommen ist.“

„Und wenn ich gewesen wäre?“

„Warum sagen Sie denn nicht ganz einfach: Ich war nicht!“

„Also, gut! Ich habe ihn nicht umgebracht. Glauben Sie mir?“

„Nein.“

„Der Herr Sojo glaubt aber nicht, daß ich es war.“

„Der weiß auch nicht, was ich weiß. Wüßte er das, Sie würden nicht frei herumlaufen.“ Thomas ließ das Handtuch mit dem Umschlag wieder sinken: Der Anarchist hatte in die Spiontasche gegriffen.

Er lehnte am Kachelofen und lächelte. „Brauchen keine Angst zu haben. Den Alten könnte ich zwar umgebracht haben. Aber Ihnen gegenüber liegt die Sache doch ein wenig anders. Denn ich habe eine Bestimmung und gewisse Ansichten, die meine Handlungen bestimmen. Das wissen Sie doch.“

„Jetzt sind wir bei dem Punkt, über den wir ein bißchen genauer reden müssen. Auch ich habe ja gewisse Ansichten darüber, mit welchen Mitteln praktisch und tatsächlich etwas geändert und vielleicht sogar gebessert werden kann. Nur glaube ich nicht, daß auf der Welt mehr und vernünftiger produziert und das Produzierte besser verteilt werden wird, wenn Sie einem alten Wucherer in Würzburg den Schädel einschlagen.“

„Und wenn man im Parlament Reden hält?“

„So ins einzelne wollen wir jetzt nicht gehen. Heber die besten Methoden können wir uns ein andermal unterhalten oder in der Versammlung. Jetzt handelt es sich vor allem um folgendes: Die ganze Stadt weiß, daß Kolitor Herr Benommen ruiniert hat. Herr Benommen war in der entscheidenden Viertelstunde in Molitors Wohnung. Durch diesen reinen Zufall ist er in so schweren Verdacht geraten, daß der Herr Sojo, der wahrscheinlich — er ist ja nicht dumme — rein gefühlsmäßig von der Schuldlosigkeit des Herrn Benommen überzeugt ist. Ihn gar nicht freilassen kann, solange der wirkliche Täter nicht ermittelt ist. Er muß also einen oder als harmlosen Mann festhalten wegen eines Mordes, den Sie begangen haben. Ihre Motive kann man gelten lassen und auch nicht. Ich lasse sie nicht gelten. So liegt die Sache. Das Moralische wollen wir dabei ganz außer acht lassen.“

„Und da soll ich also hingehen und sagen: Ich habe ihn umgebracht.“

„Wie Sie das machen, ist Ihre Sache.“

„Und wenn ich mich nicht stelle, was werden Sie dann tun?“

„Darüber möchte ich zunächst nicht sprechen und überläßt mich darüber, ob ich wünsche, daß Sie gepakt werden. Ich will vor allem erreichen, daß der Herr Sojo Herrn Benommen freilassen kann. Und das kann er, wie die Dinge liegen, nur dann, wenn er von dessen Schuldlosigkeit nicht mehr nur gefühlsmäßig überzeugt ist, sondern auch irgendwelche Beweise für die Täterschaft eines andern hat. Wie wir Herrn Sojo diesen Beweis am besten und so schnell wie möglich verschaffen können, darüber müssen wir beide uns klar machen.“

„Zum Beispiel, wenn ich plötzlich aus Würzburg verbannt würde, in auffälliger Weise?“

„Möglich verfahren. . . . Da Sie heute keinen Revolver bei sich haben, kann ich mich ja ein bißchen aufs Bett legen. . . . In auffälliger Weise? Ja, ich glaube, das würde Ihnen genügen.“

„Lächelnd zog der Anarchist den Revolver aus derselben Spiontasche.“

„Daß Sie doch nicht eine Stunde ohne dieses Ding sein können! Wie ein Säugling, der schreit, wenn er den Nuckler nicht im Munde hat!“ Er legte sich aufs Feldbett. „Wollen Sie so gut sein und mir den Umschlag erneuern?“

Der Schweizer ließ das Tuch in der Wasserbüchse austreten.

„Bitte, geben Sie noch ein bißchen essigsaure Tonerde mit.“

„Nicht zu viel! Das reicht nur.“ Der Anarchist legte den Umschlag selbst auf Thomas' Auge und schmierte ihn mit dem stärksten Druck noch besser an.

„Das tut wohl. . . . Gut, ich komme also morgen mittag — erlauben wir uns auf zwölf Uhr — unter irgendeinem Pseudonym in Frau Julies Werkstatt und sehe, ob Sie noch da sind.“

„Zagen wir übermorgen. Ich habe noch einiges zu erledigen.“

„Er hat mich geküßt.“ Mit unwiderstehlicher Wucht schlug die Verzeigung wieder über ihm zusammen, als der Schritt des Anarchisten im Hür noch nicht verklungen war. Er mußte fort. Er kam erst gegen Morgen nach Hause. Die Nacht hatte er schlaflos im Treiben verbracht. Sein Gesicht war mager geworden. Die Stirn stand vor.

„Gonna wartete den ganzen Tag vergebens auf ihn. Immer wieder trat sie ans Fenster und sah zu, wie er im Garten arbeitete. Er kommt also nicht, dieser himmelblaue Kommissar.“ Dabei betrachtete sie sich in der Scheibe des geöffneten Fensters, sog das festhängende Gebräch mit den Fingerzpitzen und ließ es zurückfallen.

(Fortsetzung folgt.)

## Thomas Hardy

Wir allen Ehen und dem traditionellen Pompe für die „Unsterblichen“ der britischen Nation wurde die Asche des am 11. Januar im 88. Lebensjahre verstorbenen Romanfachschreibers, Dichters und Dramatikers Thomas Hardy in der Londoner Westminster-Abtei beigesetzt. Der überparteilich-nationale Charakter der Trauer wurde dadurch (unfällig zum Ausdruck gebracht, daß der konservative Ministerpräsident Baldwin und Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, der imperialistische Rudyard Kipling und der sozialistische Bernard Shaw und ein weiteres Halbdutzend führender Männer der Kunst, Wissenschaft und Literatur (u. a. Galsworthy) — nach altaltem Brauche — das Beisetzungsfeld, das die Aschenurne des Dichters umgab. Wenn jemals, so war diese symbolische Ehrung einer ganzen Nation keine Geste: Hardy, als Person, als Mensch, als Dichter, als Lyriker, als Dichter am Ende eines Goethe'schen ausgebreiteten Lebens unerrückbar als die größte Figur des zeitgenössischen englischen Schrifttums vor dem Auge dreier Generationen. Von den Allen geehrt, von den Jungen geliebt, hat er als einziger englischer Dichter des 19. Jahrhunderts am Ende seines Lebens keine Feinde, kaum Gegner und nicht einmal Kritiker gehabt.

Die idyllische Ruhe und die Verehrung, die sein Alter umgaben, haben die Kämpfe vergessen lassen, in deren Mittelpunkt Thomas Hardy im vierten Jahrzehnt seines Lebens gestanden hat. Sein frühes Werk, in dem er die Brüderlichkeit des Zeitalters der Königin Victoria schilderte, hatte den bequemen Optimismus des Geschlechts von 1870 bis 1890 durch seinen schonungslos Realismus vor den Kopf gestoßen. Thomas Hardys Romane waren in der Zeit ihrer Entfaltung revolutionäre Taten, Anlagen gegen die Macht aus der Wirklichkeit, die die Literatur jener Tage in England kennzeichnete und bis zu einem gewissen Grade nach heute hinwirkend. Ihre Wirkung im englischen Geistesleben der letzten fünfzig Jahre ist vielleicht am besten mit dem Kampfe zu vergleichen, den der Naturismus der achtziger und neunziger Jahre während sich auf dem Kontinent, wenn auch unter heftigen Kämpfen, die neue Richtung damals durchsetzte, schlugen die Erde der Zeitungen, das Loben der Romantiker, der Wohlstand der Leserwelt dem Dichter die Feder als Gesellschaftskritiker aus den Händen. Er schloß in die Epik und, ein Jahrzehnt lang, ins historische Drama und ist niemals wieder zum Roman, dem Bezirke seiner wahren Größe als schöpferischer Künstler, zurückgekehrt.

Hardys Lebensphilosophie war der englischen Nation jenseitig und nicht wegen seiner Lebensanschauung. Er war im tiefsten Grunde pessimistisch. An Schopenhauer und Hartmann philosophisch geknüpft, sah er durchaus die Nachtseite des Lebens, den unauflösbaren Kampf des Einzelmenschen gegen seine Umgebung, gegen sein Schicksal. Schwarz in Schwarz malte er das Leben der unteren Klassen, der kleinen Bauern, der Lumpenproletarier, der Entwurzelten. Aber im Gegensatz zu den deutschen Philosophen des Pessimismus war er von einem tiefen, am den frühen Gerhart Hauptmann gemahnten Mitleid mit den Gladiatoren und Armen erfüllt und zeigte ihnen heroischen Kampf und ihr tragisches Untergang. Hier führt eine politische nahe Hand, wenn er sich auch niemals in die Arena der Parteien begab. Was ihm mit der Arbeiterbewegung verband, war seine Liebe zu den Unterdrückten. Was ihn vom Eingreifen in ihren Kampf trennte, war seine philosophische Überzeugung von der Unauflöslichkeit des Ringens um eine Besserung der Welt, seine Verweigerung am Fortschritt. Es ist deshalb falsch (wie dies in deutschen Kritiken geschehen ist), ihn als einen Heilmittel in der engeren Sinne zu bezeichnen. Wohl war seine Welt der ländliche Bezirk des südlichen Englands, sein Hintergrund die Landschaft von Eger, die er in seinen Büchern bewohnt hat. Aber seine tragische Weltanschauung, seine Unerbittlichkeit in der Schilderung der menschlichen Beziehungen haben ihn weit über das hinaus, was man unter „Heimatkunst“ gemeinhin versteht. Nichts von der schönwörterischen und sentimentalischen Tendenz, die die „Heimatkunst“ aller Nationen kennzeichnet, ist in seinem bleibenden Werte zu entdecken.

Deutschland hat das Werk Hardys kaum kennengelernt. Sein „Jude, der Dunkle“ und sein „Lech von den D'Arbervilles“ sind zwar ins Deutsche übertragen worden, aber der größere Teil seiner Profanprosa hat niemals den Weg zum deutschen Leser gefunden. Darin liegt eine tiefe Ironie der Geschichte, denn kein englischer Dichter der letzten Generation hätte gerade den arbeitenden Massen des deutschen Volkes soviel zu geben gehabt wie Thomas Hardy. Aber sein Stoffgebiet, das Milieu, das er schilderte, die Welt, die sich in seinen Romanen spiegelt, lagen dem deutschen Bürgertum zu fern, das den großen deutschen Verlegern ihren Impact an ausländischen Schriftstellern vorzuziehen. Das Verstumme nachzuholen, ist heute nicht mehr möglich. Darum Menschen ringen gegen ein Schicksal, das zeitbedingend im 19. Jahrhundert Englands befristet liegt. Die Mächte der Heuchelei und der Engherzigkeit, an denen seine Menschen zerbrechen, sind größtenteils bestialisch und ihre Stelle neu und andersartige Probleme getreten. Die Tragik, die seine Bücher erfüllt, ist die unfruchtbar nicht mehr. Mit Thomas Hardys Asche wurde in der Westminster-Abtei ein Zeitalter beigesetzt. Sein Erbe ist verwaist. Es bleibt die Erinnerung an ein Werk, das, was Ramsay MacDonald in einem Andenken feststellte, als ein „wundervolles Zeugnis seines Volkes und seiner Zeit“ aufgerichtet ist, und an eine reine Menschlichkeit, die von der Würde des schöpferischen Menschen zeugt.

Egon Westheimer.

## Lorchings Undine

Neueinstudierung im Opernhaus

Lorchings Bühnenschaffen erstreckte sich bei uns seit langem seiner eigentlichen Pflege, und die „Raubvögel“ Undine gar hat im Spielplan der Oper wohl an die sieben Jahre überhaupst gehalten. Wie irrtümlich — wenn bedächtig — diese Vernachlässigung war, zeigte die warme Aufnahme, die Undine in der Neuaufmachung bei den sehr zahlreich erschienenen Theaterfreunden fand.

Wenn man dem Grunde nachgrübeln will, warum Undine, die keineswegs zu den Lorchings Schöpfungen kennzeichnenden Werken gehört, doch heute noch, nach über achtzig Jahren, starke Anziehungskraft ausübt, so gerät man unbedingt auf das Stoffliche der Handlung, das sich der Dichterkomponist mit Freundesliebe noch sorgsam gleichnamiger Ergänzung gestaltet hat. Die Idee, daß ein Elementargeist in das menschliche Reich eintritt, um dort wie ein Mensch zu fühlen und zu lieben, wird immer ihren Reiz ausüben. Der Voraussetzungen einer zeitgebundenen Romantik bedarf es dazu nicht — besonders nicht in den Geschäften der Oper mit ihrem schwer zu umschreibenden Wesen. Diese Idee selbst hat Lorching in ihrer Bedeutungstiefe freilich nicht bedächtig. Von Rot zu Rot gezogen, dazu von hellem Realismus getrieben, immerzu er aus dem Burgeloh des schönen Märchens ein handfestes Gerüst zu einer Raubvögel, deren Raub darin liegt, daß er — ein König Midas im Kleinen — das Gold seines schlichten Gemütes darangeht.

Die Neuaufmachung der Szene ist gegen früher nicht über-

mäßig. Man hätte da, am Stoff der Handlung gemessen und in Anbetracht aufgelaufener Schuldigkeit, schon mehr ins Bunte greifen können. Hätte sich auch vom Vorbild der früheren Inszenierung freier machen sollen. Ein hübsches Nebenbild (Zauberlandschaft von Kreis Fähi) erweiterte gegen früher den bildhaften Umfang des ersten Aktes. Sonst ist Wesentliches nicht geändert.

Auch die Gestaltung der Szene durch Waldemar Staegemann weicht von dem in Erinnerung stehenden kaum ab.

Und doch war der Eindruck dieser Wiederbelebung von Anfang an bis zum Ende ungemein fest. Und dazu trug nun allerdings als Stärkstes bei die Verlebendigung der Einzelrollen. In der Titelrolle sah und hörte man zum ersten Male Angela Kolonial. Ihre Andine ist fast gestaltet, gewonnen in der Natürlichkeit ihres Wesens. Gefänglich hätte man eine frühere Fassung gemüht. Ihr Geliebter, der Ritter Hugo, dramatisch fast immer in schlimmer Lage, fand in Max Lorenz vorzügliche Verkörperung. Sein Spiel und sein Gesang war vom Zuge schöner Begabung getragen. Als Ritterreiterin um die Herrschaft über Hugos Herz, als Verlobte, ist Diesel Schuch zu nennen, die mit dem Vorwurf die ihrer Rolle aufgedrückten Notizen bewältigt. Von den kleineren Partien fanden die des Knappen Veit und die des Stellmeisters Hans durch Hanns Lange und Ludwig Ermold vollstimmlichen Ausdruck. Auch der Lebensgenosse Billi Habers, das alte Fischerpaar Tobias und Martha (Wäffel und Haberkorn) sind in ihrer einfältigen Einteilung gut gezeichnet. Alle zusammen aber übertrug, kraft seiner Persönlichkeit und seiner hohen Kunst, Friedrich Flaake als Kischborn.

Das teilweise mit Daubenspitzen garnierte geschmückte und mit Florettbogen kontrierende Ballett erfreute durch geschulte Bewegungen. — Kurt Striegler betreute sorgfältig die musikalischen Geschäfte.

**Konzerte.** Im dritten Konzert: Neue Musik, wirkte der treffliche Geiger Vicco Amar mit Paul Anton gemeinsam. Sie brachten als Neuheit ein Duo von Max Wittling zu Gehör, in dessen ersten und vierten Satz stärkere Entzungen der Bewegung hineingeblendet sind, wofür die Mittelstücke feinbar Ruhe tun müssen, denn in ihnen ist rein gar nichts los. Etwas mehr Physiognomie als Ganzes zeigt die Sonate, Werk 13, für Soloflöte von Jarnach. Im Allegro deciso bekommt die Linienführung den Reiz einer nicht uninteressanten Perceostät. — Die Zeit der Gesangsabende ist gekommen. Konzerte, in denen ein großer Verbrauch von Literatur — die Programme sind so reich, als sollte bis zum Morgengrauen „dargestellt“ werden — und Angst auf Schüler- und Lehrerschaft in Frage kommt. Viel schönes, darunter sogar ausgewählt schönes Stimmaterial fanden wir bei der ausgezeichneten Gesangspädagogin Salge-Dietrich (Konseratorium). Einen starken Vortragswert stellen wir in der Schule des Professors Eduard Mann fest. Ein Baritonist, der mit seinem Gesang vor drei Jahren noch wenig Reize zu bieten hatte, muß heute unter den besten Nummern des Abends genannt werden. — Selga Petri brachte sich wieder einmal als Kantensängerin in vorzüglichster Erinnerung. Lautenabende sind jetzt nach einer Hochblüte vor zehn Jahren wieder seltener Veranstaltungen.

**Vortrag Gropius.** Im überfüllten Harmoniesaal — viele Besucher mußten an der ausverkauften Filletasse unterhen — hielt am Montagabend Walter Gropius einen Lichtbildvortrag über „Moderne Hausbau“. Es ist erfreulich, daß ein so großes Interesse für diese Frage und für diesen Mann vorhanden ist. Gropius ist der Leiter des „Hausbau“-einer Kunst- und Werkstätte, die wegen ihrer modernen Einstellung vor einigen Jahren von der reaktionären Thüringer Regierung aus Weimar weggeführt wurde und in Dessau eine neue Arbeitsstätte fand. Die Bauhausleute treten ein für neue geistliche Vorformen und Bauweisen, die sich durch die Schlagworte: Zweckmäßigkeit, Schlichtheit, einfache Formen, flaches Dach, Typenschnitzung, serielle Herstellung, Materialgerechtigkeit, grob kennzeichnen lassen. In seinem Vortrag führte Gropius etwas aus: Das moderne Haus ist keineswegs eine Wiedergeburt, sondern erweist aus Technik und Wesen unserer Zeit. Heute ist das Wandwerk in räumlicher Ausdehnung durch die Industrie ersetzt, die insofern ist, unsre Bedürfnisse ökonomischer zu befriedigen durch Mechanisierung und wachsende Organisation. Daß es da jetzt noch viele Unzulänglichkeiten gibt, ist kein Grund gegen die Mechanisierung. Ihr eigentlicher Zweck ist es, Hand und Kopf freizumachen für Werke des Geistes. (Und für ein bißchen mehr Freude am Leben, möchten wir hinzufügen.) Mit ihrer kollektiven Arbeitsform kann die Industrie zu größerer Leistung führen als die autokratische Arbeitsweise des Handwerkers.

Die neuen Baumaterialien — Eisen, Beton, Glas — ermöglichen neue Bauweisen, wie auch in früheren Zeiten neue technische Mittel stets einen neuen Spieltrieb im Bauen hervorgerufen haben. Diese neuen Möglichkeiten muß sich die Produktion zunutze machen. Dadurch, daß einzelne Bauteile fabrikmäßig hergestellt werden, kann man schneller und billiger bauen, man gelangt zu einheitlicheren Bauformen, und das Bauen verliert seinen Charakter als Saisonarbeit, weil es von der Witterung fast unabhängig wird, da man ja die einzelnen „Baufabrikate“ in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit zusammensetzen kann.

Solche Anschauungen eines zeitgebundenen Menschen leuchten ohne weiteres ein; nicht so unmittelbar überzeugend werden die Theorien über Raumplastik, Raumwahrnehmung usw., die etwas mystisch anmuten.

Gropius' sachliche, die eigene Persönlichkeit nie aufdringende Vortragart ist ungemein sympathisch. Er sagte am Schluß, daß man endgültige Ergebnisse noch nicht erreicht habe, aber die Wege, die gegangen wurden, seien wesentliche Wege. Wiederholt betonte er, daß Zweck und Rationalisierung nur mitbestimmend, nicht ausschlaggebend seien, daß über das Zweckmäßige, Technische der Künstler aus starkem Gefühlslieben heraus ein Einmaliges schaffen müsse. Aus solchen beinahe verteidigenden Worten hätte man die vielfältigen und teilweise gehässigen Angriffe heraus, die die moderne Bauweise erfahren hat. Der laute Beifall am Schluß bewies jedoch, daß viele für die neuen Ideen gewonnen sind, die sich hoffentlich auch in Dresden bald in gesunde Häuser umsetzen.

**Frei-Buch-Gesellschaft in Dresden.** Von der Verwaltung der Staatstheater wird mitgeteilt: Generalmusikdirektor Frey Buch ist von seinem Amerika-Urlaub zurückgekehrt und hat seine hiesige Tätigkeit wieder aufgenommen. Er wird als erste Vorstellung am Donnerstag den „Lohengrin“ dirigieren.

**Wilhelm Buschs Geburtshaus als Museum.** Der Deimoldbund Niederachsen hat einen Aufruf erlassen, der zur Erhaltung des Geburtshauses Wilhelm Buschs in Wiebelsahl aufordert. Der Bund beabsichtigt, das Haus des Dichters und Zeichners von „Wag und Worih“ und vielen andern lustigen Geschichten in seinem ursprünglichen Bauzustand zu erhalten und darin ein Wilhelm-Busch-Museum zu errichten. Die Mittel zum Ankauf will der Deimoldbund Niederachsen durch Spenden aufbringen. RDV.

**Toller's „Doppelt, wie leben!“ in Kopenhagen.** Die Aufführung von Toller's „Doppelt, wie leben!“ in dem kleinen literarischen Pöthel-Theater in Kopenhagen hat einen ungewöhnlich starken Erfolg gehabt, der in vielen ausverkauften Häusern — zu doppelten Preisen — zum Ausdruck kommt. Die Aufführung ist, soweit es die technischen Mittel der kleinen Bühne zulassen, an Piscator's Inszenierung angelehnt. Die gesamte hiesige Presse von links bis rechts zollt dem Werke größte Anerkennung und sagt, daß Kopenhagen etwas Ähnliches noch nicht erlebt habe.











# Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Zweigniederlassung Dresden

## Am Sonnabend Schluß

des

# Propaganda-Verkaufs

in

## Fleisch- und Wurstwaren

zu nachstehenden unerreicht niedrigen Preisen

### Wurstwaren

- Kösliner Leberwurst . . . ¼ Pfd. **20 ¢**
- Kösliner Blutwurst . . . ¼ Pfd. **20 ¢**
- Kösliner Presskopf . . . ¼ Pfd. **25 ¢**
- Grobe Thür. Leberwurst . . . ¼ Pfd. **30 ¢**
- Speckblutwurst . . . ¼ Pfd. **40 ¢**
- Hauschl Blutwurst (hor. Art.) ¼ Pfd. **45 ¢**
- Chemnitzer Schalottenwurst ¼ Pfd. **50 ¢**
- „ Mager-Fleischwurst ¼ Pfd. **50 ¢**
- Bayerische Bierwurst echte ¼ Pfd. **60 ¢**
- Hannov. Kalbsleberwurst ¼ Pfd. **70 ¢**

### Schinken

- Delikat. gekochter Schinken ¼ Pfd. **60 ¢**
- Zart. Kundschnitt-Schinken ¼ Pfd. **70 ¢**
- Milder Filetschinken . . . ¼ Pfd. **90 ¢**

## Die Köchin

### in der Dose

Sehr wohlschmeckende Fleisch-Konserven mit Hülsenfrucht-Beilage

**Schmackhaft! / Nahrhaft! / Billig!**

In 15 Minuten genussfertig!

- Bratwurst mit Linsen . . . . . 500-gr.-Dose **90 ¢**
- „ „ „ „ 1000-gr.-Dose **160 ¢**
- Schweinefleisch mit Erbsen . . . 500-gr.-Dose **90 ¢**
- „ „ „ „ 1000-gr.-Dose **160 ¢**
- Rauchspeck m. weiß. Bohnen 500-gr.-Dose **90 ¢**
- „ „ „ „ 1000-gr.-Dose **160 ¢**

### Wurstwaren

- Westf. Plockwurst . . . . . ¼ Pfd. **40 ¢**
- Feinste Mettwurst . . . . . ¼ Pfd. **45 ¢**
- Thür. Kümmelwurst . . . . . ¼ Pfd. **45 ¢**
- „ Zervelatwurst . . . . . ¼ Pfd. **50 ¢**
- „ Bauernbratwurst . . . . . ¼ Pfd. **50 ¢**
- Pommersche Teewurst . . . . . ¼ Pfd. **60 ¢**
- Thür. Salamiwurst . . . . . ¼ Pfd. **60 ¢**
- „ Zervelatwurst . . . . . ¼ Pfd. **70 ¢**
- Braunsch. Schlackwurst in Fettdarm . . . . . ¼ Pfd. **80 ¢**

### Fleischwaren

- Kassler Rippespeer . . . . . Pfd. **160 ¢**
- Thür. Rauchfleisch . . . . . Pfd. **180 ¢**
- Ger. fetter Rückenspeck . . . Pfd. **120 ¢**
- Gesülzter Schweinskopf . . . Pfd. **140 ¢**

### Kaviar

Beluga- u. Stip-Malossol — nur das Beste!  
Dose von 4 M. an

### Fleischsalat

unsere beliebte und unübertreffliche Spezialität  
Pfund nur 120 Pf.

● **Echte Frankfurter Brühwürstchen** Paar nur **35 ¢** ●

Sämtliche Verkaufsstellen sind mit vorstehenden Artikeln wieder gut versorgt!

Für den vollen Einkaufswert verabfolgen wir Einkaufs-Gutscheine, die am Jahreschlusse mit

## 6% Rückvergütung

in bar ausbezahlt werden

**Achtung!**  
Geld ab 25. Januar 1928 meiner werten Kunden halber auf sämtliche prima Fleisch- und Wurstwaren  
**7 Rabatt**  
**Otto Naumann**  
Fleischermeister  
Wallwitz, Ecke Rabenauer Str.

**Gänsefedern**  
Gänsemaßstab  
**Otto Hänsel**  
Bismarckstr. 10, Tschöbener, 1021

**Ausbildung von Kraftfahrern**  
ausnahmslos bester Lehrmeister, Klausur und Prüfung  
**Walter Zschuniger**  
Zschunigerstr. 10, Tel. 3489

Agitiert für die Volkszeitung!

**„Kaiser-Mischer“**  
MODELL 1928  
FABRIKHAFT BILLIG!  
GRÖSSTE LEISTUNG  
BESTE QUALITÄTSMISCHUNG



MASCHINENFABRIK  
**OTTO KAISER**  
ST. JÜNGERT

Alle Volkermaterialien  
**Paul Seidel**, Oppelstraße 12.

### FRANZ MEHRING

## Die Lessing-Legende

Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur

### Der ANTI-FRIDERICUS

Ganzleinen gebunden 6.50 M.

Zu beziehen durch die  
**Volksbuchhandlung Dresden, Wettinerplatz 10**  
und ihre Filialen.

### Mod. Küchen

die neuesten Modelle  
in solidester Ausführung  
in jeder Preisklasse

### Faust

Profenauerstr. 27  
Verkauf  
im Fabrikgebäude

### Schuhbedarfsartikel und Lederhandlung

Dresden-A., Jacobi, Ecke Augsburger Straße  
empfiehlt zu sehr günstigen Preisen: im Winter  
eine, echte Merinowolle nach ungarischer  
Fabrikation, wodurch noch besonders billig

### 1 Posten gebr. Fahrräder

20-, 25-, 30-, 35-, 40-, 45-, 50-cm. Räder  
**Kraus**, Fabrikhaus, Freiburger Pl. 1  
und Freiburger Straße 123.

### Arbeitsgeuche

haben in der  
Dresdener Volkszeitung  
größten Erfolg!

IA2 ID2 IB3 IC3 IA3 ID3 IB4 IC4 IA4 ID4 IB5 IC5